G 1480

MittelstandsMagazin

Informationen und Forum für Mittelstand, Wirtschaft und Management

5-2009 • 4,– €
www.mitmagazin.com

POLITIK
Europawahl am 7. Juni

WIRTSCHAFT
Der Mittelstand wird mobil

UNTERNEHMEN
Finanzkrise – eine Umverteilung?

Reduzierte Mehrwertsteuer für die Gastronomie?

Wenn Sie wissen wollen, was auf Sylt los ist!

ADRESSEN TEF ERANSTALTUNGEN
TIPPS SCHLEM SINFOS GOURMET
SURF-LEGEND N DER ESSKLASSE
KURTAXE MUS ND LEUTE KARTEN
SHUTTLE SERV EN TRAUM-BILDER
FRAU AN SEIN VH KULINARISCHES
FÜHRUNGEN KINDER-PARADIES
DÜNENLEBEN ALTUNGS-TERMINE
ESSEN & TRI DE WOCHENENDE
INSEL-CIRCU D 10 BESTEN BARS
SPITZENKÖC NACHTSCHWÄRMER
STEINE AUS RESTAURANTS VON
HUNDEURLA GOURMET REZEPTE
TOP TEN AU RITT ÜBER DIE INSEL
WANDERUN ALLE LAUFSTRECKEN
BEAUTY UN LLNES NACHTLEBEN
KINDERHEI ITEN NORDSEE-QUIZ
PREISE UN N HOTELS SEEHUNDE
HORIZONT UND KÖRPERPFLEGE
URLAUB FÜ EN-TISCHGESPRÄCHE
FREUDENT BAR WEINE EIN OBER-
SCHLAUES N EXTRA POSTKARTEN
MENSCHE EMIL NOLDE NORDSEE

Ich bestelle die insel 2009

Name: Vorname:

Strasse:

PLZ: Wohnort:

Ich lege 10,- Euro in Briefmarken bei. (Heftpreis + Versandkosten)

... alles in die insel

die insel
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee

E-Mail: die.insel@t-online.de

WER SCHON VOR DER KRISE KRANK WAR, SOLLTE NICHT KÜNSTLICH AM LEBEN GEHALTEN WERDEN

Hartmut Schauerte, MdB, ist Mittelstandsbeauftragter der Bundesregierung und stellv. Bundesvorsitzender der MIT

Deutschland kann aus der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise der Nachkriegszeit gestärkt hervorgehen. Die Chancen dafür, am Ende Gewinner und nicht Verlierer zu sein, sind für kaum ein Land besser. Warum?

Erstens, weil die deutsche Wirtschaft besser da steht als in vergangenen Abschwungphasen. Dort hatten viele heimische Branchen zugleich mit hausgemachten Problemen wie verpassten Markttrends, hohen Lohnstückkosten oder schwacher Eigenkapitalbasis zu kämpfen. Heute ist das Gros unserer Firmen international wettbewerbsfähig und hat Polster für schwierige Zeiten aufgebaut.

Zweitens, weil auch der deutsche Staat handlungsfähig ist. Viele unpopuläre Anstrengungen der zurückliegenden Jahre zahlen sich jetzt aus. Mehr Flexibilität durch die Arbeitsmarktreformen sorgt dafür, dass keine sofortige Massenentlassungswelle wie in früheren Krisen rollt. Und Deutschland genießt dank erfolgreicher Konsolidierungsbemühungen die weltweit beste Bonität. Das eröffnet uns jetzt die nötigen Spielräume zum kraftvollen gegensteuern. Dabei dürfen wir allerdings die Schulden künftiger Generationen nicht aus dem Blick verlieren.

Drittens hat die unionsgeführte Bundesregierung verantwortungsvoll gehandelt. Das gilt nicht nur für den Bankenrettungsschirm, der die Ersparnisse der Bürger schützt und den Geldkreislauf als Lebensader moderner Ökonomien stabilisiert. Auch die beiden Pakete für die Realwirtschaft kombinieren vielfach das konjunkturpolitisch kurzfristig Erforderliche mit dem wachstumspolitisch langfristig Richtigen. Nach Bewertung der OECD belaufen sich die beschlossenen Maßnahmen für 2009 und 2010 auf insgesamt 4,7% des Bruttoinlandsprodukts. Das Vorziehen notwendiger Investitionen sichert nicht nur jetzt Aufträge und Jobs, sondern schafft zugleich eine moderne Infrastruktur für die Zukunft. Kurzarbeitergeld plus Qualifizierungsoffensive sind allemal sinnvoller, als teure Alimentierung sowie spätere Reintegration von Arbeitslosen. Und die Stabilisierung der Abgabenquote unter 40 Prozent sowie erste Schritte gegen die „kalte Progression“ entlasten Arbeitnehmer wie Arbeitgeber.

Dass der Finanzminister nicht bereit ist, endlich die gefährlichen Fehlentwicklungen bei der Unternehmensteuerreform umfassend zu beseitigen, ist hingegen grob fahrlässig. Zinsschranke, Verlustzuweisung und Gewerbesteuerhinzurechnung müssen schnellstens korrigiert werden.

Heikel wird es, wenn der Staat direkt in das Wirtschaftsgeschehen eingreift. Im Bankensektor heißt das: schnellstmöglicher geordneter Rückzug, sobald die Systemstörungen behoben sind. Und das milliardenschwere Kredit- und Bürgschaftsprogramm muss strengen Kriterien genügen sowie zu Marktbedingungen eingesetzt werden. Es soll gesunden Firmen temporär helfen – möglichst ohne massive Wettbewerbsverzerrungen. Wer schon vor der Krise krank war, sollte nicht künstlich am Leben gehalten werden. Auch unvermeidliche Strukturanpassungen dürfen wir nicht verhindern. Forschungsförderung für Elektromobilität und eine emissionsorientierte Kfz-Steuer setzen richtige Lenkungswirkungen. Die Abwrackprämie hingegen mag zwar kurzfristig helfen, die eigentlichen Probleme aber werden nicht gelöst. Und zu Recht fragen andere krisengebeutelte Schlüsselbranchen wie der Anlagenbau, warum hier geholfen wird, dort aber nicht.

Die entscheidende Frage vor jeder staatlichen Unterstützung lautet: Wäre der volkswirtschaftliche Schaden größer, wenn nicht gehandelt wird? Schlechtem Geld darf kein gutes der Steuerzahler hinterher geworfen werden. Auch müssen Beteiligungen an gewerblichen Unternehmen - einschließlich Opel - tabu bleiben. Der Blick auf die Landesbanken sollte genügen, um selbst Unverbesserliche von der Utopie zu heilen, der Staat sei der bessere Unternehmer. Es ist höchste Zeit für eine bürgerliche Mehrheit im Herbst!

outfitter.de

Tennis
Golf
Fußball
Ski
etc.

> Sport ist unser Handwerk

Outfitter Five ist einer der größten deutschen Anbieter von Golf-, Fußball- und Tennisartikeln und einer gut sortierten Auswahl an trendigen Freizeitschuhen und Top-Artikeln aus dem Skibereich.

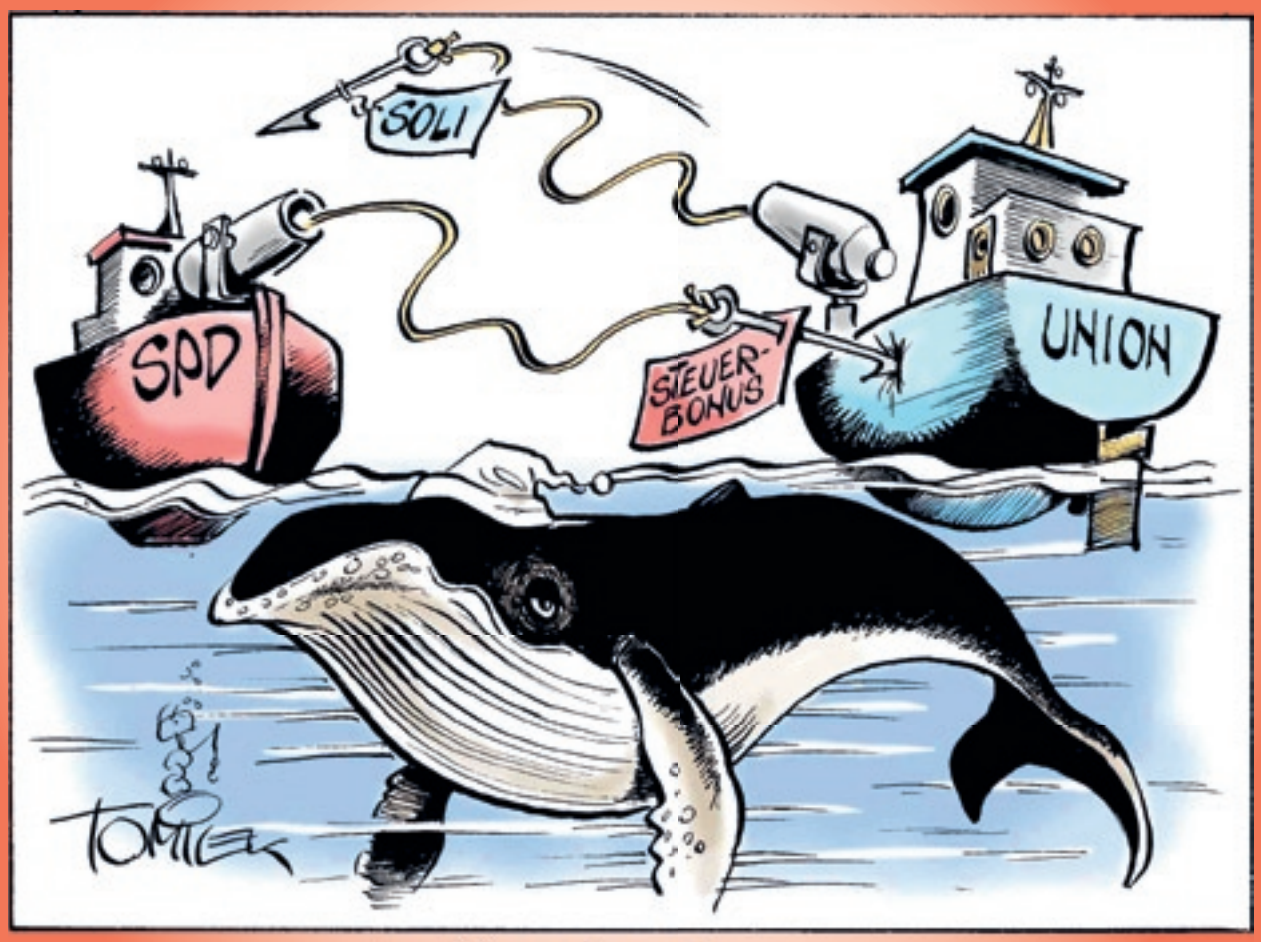
Nachlass < 30 %

Exklusive Vorteile für die Mitglieder der MIT

Überzeugen Sie sich selbst im Virtuellen Kreisverband der MIT unter www.mit-virtuell.de.

MIT MITTELSTANDS- UND WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG DER CDU/CSU
in Kooperation mit corporate benefits GmbH

Die Seite-4-Karikatur



WA(H)L-FÄNGER

Manager-Weisheiten

Geld ist fraglos schön und gut,
sofern man es besitzen tut.

Gold – das ist in jedem Fall
vor allem eins, ein Stück Metall.

Inflation in ein paar Worten,
zeigt: Es ist falsch, sein Geld zu horten.

Der Kurs der Aktie schwanket stündlich
und meistens völlig unergründlich.

Wohlstand ist in jedem Falle
gut – sofern für alle.

Manager-Bosheiten

Geld verbessert ganz dezent,
auch ein schlechtes Argument.

Geld ist überaus beliebt,
weil es davon so wenig gibt.

Geld ist nie genug im Haus,
auch geht es meistens sehr schnell aus.

Man kann an reich gedeckten Tafeln
vorzüglich über Armut schwafeln.

Auch Luxus wird in vielen Fällen
die Leute nicht zufrieden stellen.

Aus: Andreas Rother, Managerweisheiten und Managerbosheiten, mit freundlicher Genehmigung von Redline Wirtschaft

www.volkswagen-nutzfahrzeuge.de

Die Nummer 1 in Europa.

Ganz gleich, ob Caddy®, Transporter oder Crafter: Sie alle setzen Maßstäbe in Sachen Zuverlässigkeit, Wirtschaftlichkeit und Robustheit – und sorgen so dafür, dass Sie den Herausforderungen des Arbeitsalltags jederzeit gewachsen sind. Der Caddy ist wendig wie ein Pkw, dank seines einzigartigen Raumangebots aber ein echtes Nutzfahrzeug. Der Transporter beeindruckt durch seinen kraftvollen und zugleich verbrauchsarmen Antrieb. Und der Crafter ist mit bis zu 17 m^3 Laderaumvolumen besonders bei großen Aufgaben ein starker Partner. Leistungen, die überzeugen: Die leichten Nutzfahrzeuge von Volkswagen sind zum zweiten Mal in Folge die meistverkauften in Europa. Wir sagen danke.

CarePort | Dienstleistungen & Mobilität

Nutzfahrzeuge

Abbildung zeigt Sonderausstattung gegen Mehrpreis. Der Produktname Caddy® ist ein eingetragenes Markenzeichen von Caddie S.A. und wird von Volkswagen Nutzfahrzeuge mit freundlicher Genehmigung von Caddie S.A. benutzt.

INSELLEBEN – MIT SEELUFT, SONNE, STRAND UND MEHR.

Wenningstedt – ein Ort mit typischem Sylter Flair. Hier findet der Gast, auf der Suche nach exklusivem Ambiente mit Seeluft, eine Oase der Ruhe und Erholung: das Lindner Hotel Windrose. Nur wenige Schritte entfernt lädt der Strand zum Spazierengehen, Wellenbaden oder einfach nur zum Faulenzen im Strandkorb ein.
Die Hotelküche für höchste Ansprüche und der attraktive Freizeit- und Wellnessbereich – das alles macht den Urlaub zum Genuss auf einer Insel, wie es keine Zweite gibt: Sylt.

Strandstraße 19
D-25996 Wenningstedt/Sylt
Telefon +49-(0)4651-940-0
Telefax +49-(0)4651-940-875
info.windrose@lindner.de
www.lindner.de

LINDNER
HOTEL WINDROSE
WENNINGSTEDT/SYLT

JETZT AUCH IN HAMBURG – LINDNER HOTEL AM MICHEL
WWW.LINDNER.DE/DE/LHH

POLITIK

3 **Editorial**
Rückzug nach der Krise
Der Mittelstandsbeauftragte der Bundesregierung, Hartmut Schauerte, über den Staat in und nach der Krise

4 **Karikatur und Kurzweiliges**

8 **Bilanzrechtsmodernisierung**
Statt IFRS kommt das gute alte HGB zu neuen Ehren. Die größte Reform des deutschen Handelsrechts seit 20 Jahren

12 **Mehrwertsteuer in der Diskussion**
Wollen wir die Steuersätze neu ordnen? Pro und Contra

14 **Europawahl am 7. Juni**
Interview mit Christoph Konrad, MdEP, der sich gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei ausspricht

15 **Drehbuch für Rot-Rot-Grün**
Buchautor Hugo Müller-Vogg schaut in die Zukunft und entwirft in seinem neuen Buch ein Szenario für die Machtübernahme von SPD, Linkspartei und Grünen im Jahr 2010

17 **1. Europäische KMU-Woche**

25 **Erhard-Zitate**
Was Ludwig Erhard heute sagen würde

36 **Mittelstandspolitik**

WIRTSCHAFT

16 **Der Mittelstand wird mobil**
Die Mobilisierung von Geschäftsprozessen. Wie Mittelständler ihren Kunden näher kommen und mit ihren Außendienstlern aufs Engste verbunden sind.

Schwerpunkt-Themen

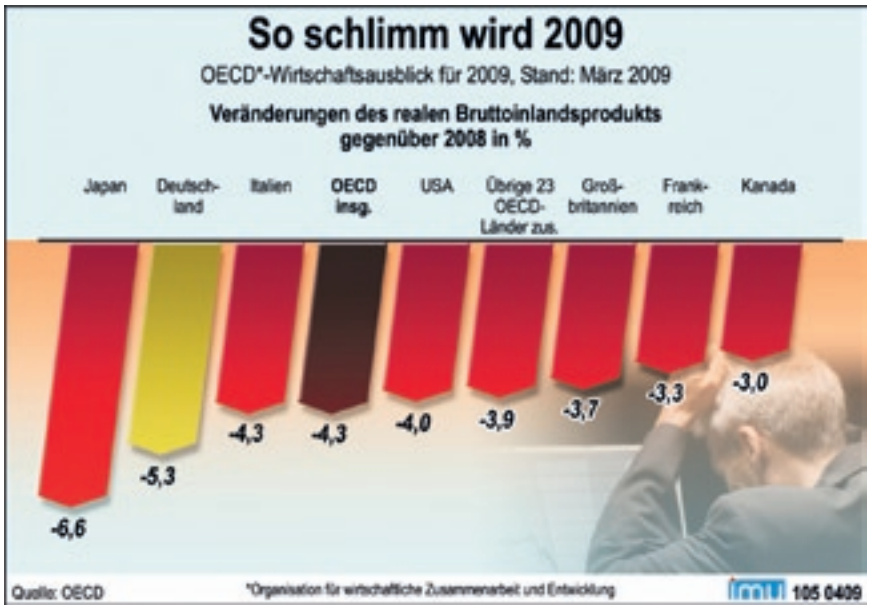
18 **Verkaufsregal oder Schaufenster?**
E-Commerce im Mittelstand
Mediennutzung in den Altersgruppen

24 **Finanzdienstleiter im Höhenflug**
Keine Spur von Krise bei der DVAG

UNTERNEHMEN

26 **Automatenbranche**
Zwei neue eigenständige Lehrberufe

27 **Die Finanzkrise**
Politisch geplante Umverteilung zu Lasten des Mittelstandes?



MIT-INSIDE

31 **Kandidaten zur Europawahl**
Die MIT stellt ihre Kandidatinnen und Kandidaten auf aussichtsreichen Plätzen vor

33 **Starkes Europa – starker Mittelstand**
Politische Eckpunkte zur Europawahl am 7. Juni 2009

34 **MIT- und MU-Inside**
Berichte aus den Regionalverbänden

37 **MIT-Werbemittel**

38 **Namen sind Nachrichten**

42 **Baustelle Berlin**

SERVICE

25 **Recht im Gespräch**

28 **Aktuelle Urteile**

30 **Bücher – für Sie gelesen**

29 **Kurzarbeit**
Neue Regelungen

41 **Medienpreis Mittelstand**

Beilagenhinweis

Unserer Gesamt-Ausgabe liegt eine Beilage der Fa. 1&1 bei.

PRO 7%
SIEBEN PROZENT MEHRWERTSTEUER AUF GASTFREUNDSCHAFT

Mit diesem Logo wirbt die Gastronomie für den reduzierten Mehrwertsteuer-Satz. Lesen Sie mehr dazu auf Seite 12.

VdR Verband der deutschen Rauchtabakindustrie e.V.

Vielfalt fördern. Vielfalt schützen.

Der VdR steht für Vielfalt. Ob Feinschnitt, Pfeifentabak, Kau- oder Schnupftabak: Wer die Auswahl zu schätzen weiß, erkennt den Wert der mittelständisch geprägten Rauchtabakindustrie. Um traditionsreiche Tabakprodukte zu erhalten, fördern und schützen wir verantwortungsbewusst deren Vielfalt.

Mehr Informationen zur Tabakkultur:
www.verband-rauchtabak.de

TabakKultur.
Made in Germany.

VdR
Verband der deutschen Rauchtabakindustrie

Bilanzrechtsmodernisierung
Internationaler, aussagekräftiger und schlanker

Die größte Reform des deutschen Handelsrechts seit 20 Jahren macht das bewährte HGB zu einer echten IFRS-Alternative. Der Mittelstand bleibt vom „Fair-Value“ verschont und profitiert von weniger Bilanzierungspflichten. Auch aus der Finanzkrise wurden Lehren gezogen.

Selten standen Jahresabschlüsse und Quartalsberichte so sehr im Fokus des öffentlichen Interesses. Einerseits spiegeln die momentan zumeist tiefroten Zahlenwerke der Wirtschaft nüchtern das ganze Ausmaß der aktuellen Krise. Andererseits haben die milliardenschweren Wertberichtigungen sowie versteckte Risiken immensen Ausmaßes die Glaubwürdigkeit in internationale Rechnungslegungsstandards und Buchführungspraktiken etwa der Bankenwelt tief erschüttert. Weitgehend unbemerkt hat die Bundesregierung in den letzten Monaten die größte Reform des deutschen Bilanzrechts seit Jahrzehnten auf den Weg gebracht. Die Arbeiten daran blieben von den weltweiten Turbulenzen an den Kapitalmärkten nicht unbeeinflusst.

HGB als gleichwertige Alternative

Der seit Jahren erbittert ausgetragene Streit über das Für und Wider einer Hinwendung zum angloamerikanischen System schien noch bis vor kurzem eindeutig zugunsten der International Finance Reporting Standards – kurz IFRS – entschieden. Sie verfolgen primär das Ziel, Anlegern und Investoren eine möglichst exakte Darstellung der aktuellen Vermögens-, Finanz- und Wirtschaftslage sowie künftiger Ertragsaussichten eines Unternehmens zu geben. Für börsenorientierte Konzerne sind sie in Europa bereits seit 2005 verpflichtend. Rund 800 Kapitalgesellschaften wenden diese Normen hierzulande an. Das angeblich so antiquierte deutsche Handelsgesetzbuch (HGB) stellt hingegen traditionell den Schutz der Gläubiger und kaufmännische Vorsicht in den Vordergrund. Für zigtausende Mittelständler ist es seit je her bewährte Grundlage ihrer Rechnungslegung; 99 Prozent aller hiesigen Jahresabschlüsse werden danach aufgestellt.

Für zigtausende Mittelständler ist das deutsche HGB seit je her bewährte Grundlage. Das soll nach dem Willen der Politik auch in Zukunft so bleiben.

Das soll nach dem Willen der Politik auch in Zukunft so bleiben. Nachdem die IFRS mit Ausbruch der Finanzkrise viel von ihrem einstigen Glanz verloren haben, zogen die Fachleute der großen Koalition in den parlamentarischen Beratungen der letzten Wochen Konsequenzen und haben zahlreiche strittige Details des 235 Seiten umfassenden Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) noch einmal grundlegend überarbeitet. 2010 tritt es endgültig in Kraft. Statt der ursprünglich geplanten weitgehenden Anpassung an die internationalen Regeln kommt es nun stattdessen zu einer maßvollen Erneuerung des HGB. Laut Experten kann sich die geglückte Gratwanderung sehen lassen. Der ausgewogene Kompromiss stärkt einerseits die Informationsfunktion, erhält aber zugleich die bewährten Grundsätze deutscher Rechnungslegung, wie beispielsweise das Anschaffungskosten- und Realisationsprinzip.

Erleichterung für den Mittelstand

Auch bleibt die HGB-Bilanz Grundlage der steuerlichen Gewinnermittlung und Ausschüttungsbemessung. Dies ermöglicht den allermeisten mittelständischen Unternehmen, weiterhin nur ein einziges Rechenwerk – die so genannte Einheitsbilanz – aufzustellen. Das spart Zeit und Kosten. Einzelkaufleute, die nur einen überschaubaren Geschäftsbetrieb unterhalten, werden zudem vollständig von der handelsrechtlichen Buchführungs-, Inventur- und Bilanzierungspflicht befreit, wenn sie in zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren nicht mehr als 500.000 Euro Umsatzerlös und 50.000 Euro Gewinn aufweisen. Sie können sich fortan auf eine günstige Einnahme-Überschuss-Rechnung beschränken. Der Mittelstand wird dadurch pro Jahr um ca. eine Milliarde Euro entlastet. Zur Deregulierung und Einsparung trägt zudem eine außerplanmäßige Anhebung der Schwellenwerte für Kapitalgesellschaften bei. Daraus ergeben sich weitere Erleichterungen von 300 Mio. Euro jährlich.

Lehren aus der Finanzkrise

Strengere Vorschriften gibt es dagegen für die Kreditwirtschaft. So wird zum einen der Konsolidierungskreis bei Zweckgesellschaften geschlossen. Gerade diese außerhalb der Bilanz des Mutterunternehmens stehenden Tochtergesellschaften mit ihren undurchsichtigen Verbriefungsinstrumenten und Schrottpapieren hatten im Vorfeld der Finanzkrise milliardenschwere Risiken aufgetürmt. Solche ausgelagerten Vehikel müssen künftig transparent im Konzernabschluss dargestellt werden. Ein Geschäftsgebaren wie das von IKB oder Landesbanken ist nach dieser Neuregelung nicht mehr möglich. Die wichtigste Lehre, die Union und SPD gezogen haben, betrifft allerdings das „Fair-Value". Die Tücken des Auf und Ab der permanenten Marktpreisbetrachtung von Wertpapieren und Finanzanlagen haben zuletzt wie regelrechte Brandbeschleuniger gewirkt: Bewegen sich die Börsen nach oben, stehen in den Büchern gewaltige Scheingewinne. Stürzen die Märkte in die Tiefe, sind dramatische Abschreibungen fällig, die das Eigenkapital aufzehren und zu Notverkäufen zwingen, welche die Preise weiter drücken. So entsteht eine teuflische Abwärtsspirale, die schon viele US-Institute pleite gehen ließ. Das BilMoG führt nun für Banken ein „kontrolliertes Fair-Value" mit Sicherheitsabschlägen und Risikopuffer ein. Der neue Mechanismus soll antizyklisch wirken. Deutschland ist damit das erste Land, das eine handelsrechtliche Antwort auf die Weltfinanzkrise gibt. Wirtschaftsunternehmen hingegen, und damit dem Mittelstand, bleibt die in Verruf geratene Bilanzierung zu Zeitwerten komplett erspart. Ihre im Regierungsentwurf noch vorgesehene flächendeckende Einführung wurde kurzerhand wieder gestrichen.

Höhere Aussagekraft und neue Möglichkeiten

In einem weiteren Punkt kam Schwarz-Rot den Bedenken der Verbände entgegen. Anstelle einer Aktivierungspflicht bleibt es beim bisherigen Wahlrecht im Bereich latenter Steuern. So kann hoher Zusatzaufwand durch Berechnung der Differenz zwischen Handels- und Steuerbilanz vermieden werden. Andere, nicht mehr zeitgemäße Optionen des HGB werden dagegen eingeschränkt oder ganz aufgehoben, um den Informationsgehalt und die Vergleichbarkeit handelsrechtlicher

Nachdem die IFRS mit Ausbruch der Finanzkrise viel von ihrem einstigen Glanz verloren haben, zogen die Fachleute der großen Koalition Konsequenzen und haben strittige Details des BilMoG korrigiert.

Jahresabschlüsse zu verbessern. Für eine höhere Aussagekraft sorgt auch, dass Rückstellungen durch eine Abzinsungspflicht sowie die Berücksichtigung etwa von Preisentwicklungen realistischer bewertet werden müssen. In der Vergangenheit wurde immer wieder bemängelt, dass gerade Pensionsverpflichtungen in Deutschland zu niedrig in den Büchern stehen. Hier ist eine schrittweise Anpassung vorgesehen, um die Betroffenen nicht zu überfordern.

Neue Möglichkeiten ergeben sich schließlich für innovative Unternehmen und High-Tech-Start-ups. Sie können demnächst eigene Entwicklungskosten etwa für Patente oder Know-How als Anlagevermögen ausweisen. Bislang haben diese lediglich den Charakter stiller Reserven. Steuerlich bleiben solche Aufwendungen weiter abzugsfähig; sie stehen auch nicht für Ausschüttungen zur Verfügung. Im Ergebnis wird die GuV nicht belastet und der bilanzielle Gewinn fällt höher aus. Das stärkt die Eigenkapitalquote als wichtige Kennziffer für die Mittelbeschaffung bei Kreditinstituten oder am Kapitalmarkt. So etwas war bislang nur Konzernen möglich, die nach IFRS verfahren. Ab sofort können das auch am heimischen HGB ausgerichtete Firmen tun. Neben Softwareherstellern sowie chemischer und pharmazeutischer Industrie dürfte dies gerade den gebeutelten mittelständischen Autozulieferern und Maschinenbauern zugute kommen.

Alles in allem gelingt es durch die Reform, das deutsche Handelsrecht zu einem modernen Regelwerk auszubauen, das den internationalen Rechnungslegungsstandards gleichwertig, aber wesentlich kostengünstiger, in der Praxis einfacher zu handhaben und krisenfester ist. – Keine schlechte Bilanz für den Mittelstand.

mgm

DAS NEUE BILANZRECHT – DIE WICHTIGSTEN PUNKTE AUF EINEN BLICK

- Befreiung von Buchführungs-, Inventur- und Bilanzierungspflichten für Einzelkaufleute mit nicht mehr als 500.000 Euro Jahresumsatz und max. 50.000 Euro Gewinn.
- Erleichterungen für Kapitalgesellschaften durch Anhebung der Schwellenwerte für die Unternehmensgrößenklassen im HGB bei Bilanzsumme und Umsatzerlösen um rd. 20 Prozent.
- Immaterielle selbstgeschaffene Vermögensgegenstände des Anlagevermögens wie Patente oder Entwicklungskosten können künftig in der HGB-Bilanz angesetzt werden. Ausgeschlossen sind Marken, Drucktitel, Verlagsrechte, Kundenlisten oder vergleichbare immaterielle Vermögensgegenstände.
- Kreditinstitute müssen Finanzinstrumente wie Aktien, Schuldverschreibungen, Fondsanteile oder Derrivate künftig zum Bilanzstichtag grundsätzlich mit dem Marktwert (Fair-Value) bewerten. Dabei ist ein angemessener Risikoabschlag vorzunehmen und ein ausschüttungsgesperrter Sonderposten als zusätzlicher Risikopuffer zu bilden.
- Verzicht auf eine generelle Einführung des Fair-Value für alle Wirtschaftsunternehmen.
- Ist ein Vermögensgegenstand nicht dem Eigentümer, sondern jemand anderem wirtschaftlich zuzurechnen, so hat dieser ihn in seiner Bilanz auszuweisen.
- Rückstellungen für künftige Verpflichtungen wie beispielsweise Pensionszahlungen werden durch stärkere Berücksichtigung künftiger Entwicklungen (Lohn-, Preis- und Personalentwicklungen) realistischer bewertet. Rückstellungen sind zudem künftig abzuzinsen (dynamisierte Bewertung).
- Nicht mehr zeitgemäße Wahlrechte werden eingeschränkt oder aufgehoben. So entfällt beispielsweise die steuerlich nicht anerkannte Möglichkeit, Rückstellungen für eigenen künftigen Instandsetzungsaufwand zu bilden.
- Zweckgesellschaften werden in die Konzernrechnungslegung einbezogen, wenn die Muttergesellschaft bei wirtschaftlicher Betrachtung die Mehrheit der Chancen und Risiken trägt.
- EU-rechtliche Vorgaben, insbesondere zum Unternehmensführungsbericht und zur Einrichtung eines Prüfungsausschusses, werden eins-zu-eins in deutsches Recht umgesetzt.
- Inkrafttreten: Die neuen Bilanzierungsregelungen gelten verpflichtend für Geschäftsjahre ab dem 1. Januar 2010. Sie können freiwillig bereits für den Abschluss 2009 angewendet werden, jedoch nur in ihrer Gesamtheit. Einige Verpflichtungen, insbesondere zur Umsetzung von EU-Recht gelten verpflichtend schon für das Geschäftsjahr 2009. Bilanzierungserleichterungen für kleine und mittelgroße Unternehmen können schon für das Geschäftsjahr 2008 in Anspruch genommen werden.

Mit den Mini-Notebooks können Sie Ihr Büro überallhin mitnehmen. Und auch jederzeit zuklappen.

Mit den neuen kompakten Mini-Notebooks bietet Ihnen T-Mobile die optimale Lösung für den modernen Business-Alltag. Klein, handlich und leicht ermöglichen sie Ihnen, mit modernster Technik auch unterwegs mit Ihrem Geschäft in Verbindung zu bleiben. Durch die schnelle, mobile Internetanbindung haben Sie Zugriff auf Ihre E-Mails, Kalender und weitere geschäftliche Anwendungen. Mit den Mini-Notebooks genießen Sie so die Freiheit, jeden Ort der Welt zu Ihrem Büro zu machen.

Erleben, was verbindet.

T Mobile

CURRYWURST UND MEHRWERTSTEUER

Im Sitzen 19, im Stehen 7 Prozent

Besonders im Lebensmittelbereich und in der Gastronomie trägt die Mehrwert-Besteuerung skurrile Züge: zum Beispiel wird wilder Majoran mit 19, Küchenmajoran mit sieben Prozent besteuert.

Nachdem Brüssel weitere Ausnahmen erlaubt, tobt in Deutschland ein Streit um reduzierte Mehrwertsteuersätze. Vor allem Wirte und Friseure kämpfen jetzt für sieben Prozent. Das Wirrwarr verlangt eigentlich nach einer grundlegenden Reform.

Es gibt gar viele Widersprüche bei der Mehrwertsteuer. Wer im Außer-Haus-Verkauf die schnelle Currywurst im Stehen vor der Imbissbude verzehrt, zahlt sieben Prozent. Setzt er sich zum gemütlichen Schnitzel an den Tisch im gleichen Lokal, werden 19 fällig. Schon Jacques Chirac hatte einst gefordert, die EU solle ihren Mitgliedstaaten erlauben, die Steuer auf Restaurantbesuche zu kappen. Sein umtriebiger Nachfolger, Frankreichs amtierender Präsident Nicolas Sarkozy, nutzte nun die Gunst der Stunde, um die alte Forderung seines Landes durchzuboxen. Bislang scheiterte das stets am Veto Deutschlands, denn in allen Steuerfragen gilt in Brüssel das Einstimmigkeitsprinzip.

Unter dem Druck, auch einige originär europäische Antworten zur Bewältigung der globalen Krise zu bieten, gab Berlin nun seine Blockadehaltung auf. Der Ausnahmekatalog wurde so um die Hotellerie und Gastronomie erweitert. Gleiches gilt für Friseurleistungen, Schuh- und Fahrradreparaturen, das Putzen von Wohnungen und Fenstern, häusliche Pflege sowie bei baulicher Renovierung.

Europäischer Flickenteppich mit billigen Nachbarn

Allerdings beglückt der Beschluss nicht alle in Europa gleichermaßen. Dänemark, Litauen, Estland, Tschechien und Bulgarien möchten nicht mitziehen bei den neuen Möglichkeiten. Dagegen will neben Frankreich auch Belgien seinen Mehrwertsteuersatz für Wirtshäuser und Herbergen drücken. Spanien und Portugal planen Senkungen für ihre Restaurants. Gastronomen in Österreich, Polen und Luxemburg müssen bereits heute weniger auf den Preis aufschlagen, weil sie sich ein Privileg in den EU-Beitrittsverträgen sicherten. Das Großherzogtum mit einem sensationell niedrigen Satz von drei Prozent profitiert davon, dass 1993 der Status quo per Richtlinie auf dem damaligen Niveau eingefroren wurden. So tief dürfte heute niemand mehr gehen.

Deutsches Wirrwarr

Doch auch hierzulande hat sich über Dekaden ein kaum mehr verständliches Durcheinander entwickelt. Starke Lobbygruppen setzten in der Vergangenheit zahlreiche Ausnahmen durch, die längst nichts mehr mit dem ursprünglichen sozialpolitischen Anliegen der Begünstigung zu tun haben. So gibt es Hundefutter, Katzenstreu und Schnittblumen zu sieben Prozent, während für Medikamente und Babynahrung 19 fällig werden. Komplizierte, hunderte Seiten lange Erlasse der Finanzverwaltung regeln akribisch, wie zu verfahren ist. Adventkränze mit frischem Grün sieben, mit getrockneten Zweigen plus Kerzen 19 Prozent. Wer einen Esel kauft zahlt den vollen Satz, bei Maultieren und Pferden wird Ermäßigung gewährt. Im Lebensmittelbereich sind die Ungereimtheiten besonders groß. Äpfel isst man reduziert besteuert; werden sie durch die Presse geschickt, trinkt man den Fruchtsaft voll besteuert. Pralinen und Gänseleber gibt es zu sieben, Milch und Mineralwasser zu 19 Prozent. Wer den Kaffee selbst zubereitet, zahlt den niedrigen Satz, kommt er aus dem Automaten, gilt die volle Mehrwertsteuer. Sieben für Dill, Petersilie und Schnittlauch, 19 dagegen für Salbei und Basilikum. Wilder Majoran 19, Küchenmajoran sieben. Tiefkühlpizza, Tütensuppe und die Wurstsemmel beim Metzger sind reduziert, das frisch zubereitete Menü im Restaurant aber nicht. Diese kabarettreife Liste ließe sich unendlich fortsetzen. Am 1. Januar 2008 wurde sie um eine weitere Merkwürdigkeit verlängert, nachdem die CSU bei Nacht und Nebel in einer großkoalitionären Berliner Klüngelrunde sieben Prozent für bayerische Seilbahnen durchsetzte. Die Beförderung auf Gipfel im Freistaat und anderswo gilt nun als begünstigter Nahverkehr.

Punktuelle Korrekturen oder Strukturreform?

Obwohl Peer Steinbrück in Brüssel die Hand hob, will Deutschlands oberster Kassenwärter zu Hause am liebsten alles beim Alten lassen. Seine Beamten fürchten erhebliche Einnahmeausfälle für den Fiskus. 176 Milliarden Euro hat die Mehrwertsteuer dem Staat vergangenes Jahr eingebracht. Geschätzte bis zu 3,8 Milliarden würden ihm entgehen, wenn auch deutschen Hoteliers und Gastronomen eine reduzierte Besteuerung zugestanden würde. Die Branche beklagt dagegen seit Jahren Wettbewerbsnachteile insbesondere in Grenzregionen. Man verspricht, den Vorteil nicht nur durch niedrigere Preise an die Kunden weiterzugeben, sondern auch mehr Investitionen und höhere Löhne für die Beschäftigten. Baugewerbe und Friseure möchten vor allem die Schwarzarbeit eindämmen. In der Union will man statt punktueller Korrekturen das irrationale Durcheinander am liebsten komplett durchleuchten und neu sortieren. Ob´s gelingt oder der politische Basar am Ende alles nur noch komplizierter macht, wird sich zeigen.

PRO UND CONTRA

Gleiche Chancen in Europa!

Der reduzierte Mehrwertsteuersatz für die **Hotellerie** ist in Europa nicht die Ausnahme, sondern die Regel. 22 von 27 EU-Mitgliedstaaten haben ihrer Hotellerie bereits die Mehrwertsteuer gesenkt. Mit Ausnahme von Dänemark gelten in allen Anrainerstaaten Sätze zwischen drei und zehn Prozent. Entlang der deutschen Grenzen sind das 3.700 Kilometer Ungleichbehandlung und ein massiver Wettbewerbsnachteil.

In der **Gastronomie** wenden elf EU-Staaten den reduzierten Mehrwertsteuersatz an. Nach der Entscheidung der EU-Finanzminister vom 10. März 2009 werden weitere folgen. Frankreich, Finnland und Belgien stehen in den Startlöchern. Insbesondere ist aber in Deutschland die Benachteiligung der Gastronomie gegenüber Bäckern, Metzgern und dem Lebensmitteleinzelhandel nicht länger hinnehmbar. Niemand versteht, warum für die Tiefkühlpizza und die Tütensuppe im Supermarkt 7 % Mehrwertsteuer gelten, während für den Salat oder den Schweinsbraten im Restaurant 19 % fällig sind – und dies bei deutlich höheren Personal- und Betriebskosten.

Das Gastgewerbe fordert keine Privilegierung. Hoteliers und Gastronomen wollen Chancengleichheit in Europa und Gleichbehandlung mit dem Lebensmittelhandwerk und -einzelhandel. 7 % Mehrwertsteuer wären das beste Konjunkturprogramm für das Tourismusland Deutschland!

Ernst Fischer, Präsident des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA)

Schweineohren für alle!

Die große Koalition hat Steuervereinfachung versprochen. Und alles wurde komplizierter. Jetzt sollen Steuerentlastungen winken und auch das nicht transparent und nachvollziehbar für alle, z.B. durch Angehen der „Kalten Progression“ oder Verzicht auf den Soli – ernsthaft diskutiert werden nun neue Sondertatbestände : Die Eigenheimförderung könnte mit dem Konjunkturpaket III ihre Gruft verlassen, das Gerichtsurteil zur Pendlerpauschale wird einseitig als deren Bestandsgarantie gelesen und vom Wiener Schnitzel über die Hotelübernachtung bis zum (schon durch das Konjunkturpaket II begünstigten) Handwerk gibt´s jetzt noch Mehrwertsteuergeschenke?

Als ob es nicht auch schon bei der Mehrwertsteuer kompliziert genug wäre, von Jakobsmuscheln (7 %, Grundnahrungsmittel) bis zu getrockneten Schweineohren (7 %, Hundegrundnahrung). Wieso eigentlich soll wegen des kleinen Teils der Bevölkerung, der an Landesgrenzen lebt und angeblich jeden Abend im Ausland günstiger essen geht, das gesamte Hotel- und Gaststättengewerbe subventioniert werden? Ganz abgesehen von der Bergbahnerfahrung, dass Mehrwertsteuernachlässe nicht den Kunden erreichen und Arbeitsmarkteffekte generell fragwürdig sind. Und mit welcher Begründung schlemmt man zu 16 % beim Edel-Italiener, während auf lebenswichtige Medikamente und demographisch existenzielle Windeln 19 % anfallen?

Wie wäre es mit „einfach und gerecht“?

Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft

Nehmen Sie Ihr Büro einfach mit: mit dem Sony VAIO VGN-P11Z.

- 8"-LCD-Bildschirm und 640 Gramm leicht
- Windows® Vista™ zur leichten Integration ins Firmen-Netzwerk
- Nutzung von Multimedia-Inhalten ohne Hochfahren des Betriebssystems möglich
- Perfekte Netzqualität

Nur 599,– €* im Tarif web'n'walk Connect L

Mehr Informationen unter der T-Mobile Kurzwahl 2828, im Telekom Shop, beim Telekom Partner Business oder unter www.t-mobile.de/business

T-Mobile

*Angebot gilt bei Abschluss eines 24-Monats-Vertrages im Tarif web'n'walk Connect L mit einem monatlichen Grundpreis von 39,95 € brutto. Gilt nur im Inland mit unbegrenztem Nutzungsvolumen für paketvermittelten Datenverkehr im Mobilfunknetz von T-Mobile. Ab einem Datenvolumen von 5 GByte pro Monat wird die Bandbreite im jeweiligen Monat auf maximal 64 kbit/s (Download) und 16 kbit/s (Upload) beschränkt. Die Nutzung von VoIP, Instant Messaging und Peer-to-Peer-Verkehren ist ausgeschlossen. Die Flatrate kann nicht für W-LAN und nicht für Verkehre über den BlackBerry®-APN genutzt werden. Nicht in Verbindung mit MultiSIM buchbar. Eine Weiterveräußerung sowie unentgeltliche Überlassung des Dienstes an Dritte sind unzulässig. T-Mobile behält sich vor, nach 24 Uhr jeweils eine automatische Trennung der Verbindung durchzuführen. Das Angebot ist befristet buchbar bis zum 30.06.2009.

DAS INTERVIEW

Wir wenden uns entschieden gegen die EU-Mitgliedschaft der Türkei

Interview mit Dr. Christoph Konrad, MdEP

Das Superwahljahr 2009 ist eingeläutet. Ist die Union gut aufgestellt?

Christoph Konrad: Ich kann gar nicht oft genug betonen, dass in diesem Jahr der 7. Juni 2009 – der Tag der Europawahl in Deutschland – die entscheidende Weichenstellung für die Union im Superwahljahr 2009 sein wird. Denn die Europawahl findet im Vorfeld wichtiger Kommunal- und Landtagswahlen sowie der Bundestagswahl statt und ist damit Stimmungs- und Meinungsmacher. Wer glaubt, den Europawahlkampf mit angezogener Handbremse bestreiten zu können, um dann nach der Sommerpause groß zu punkten, ist auf dem Holzweg. Ich habe das Gefühl, dass das Mobilisierungspotenzial bei unseren Mitgliedern und Stammwählern noch ausbaufähig ist.

Warum sollten die Wähler bei der Europawahl ihr Kreuz bei der Union machen?

Konrad: Im Zeichen der Krise sind die Union und die EVP-ED-Fraktion mit ihrer Wirtschaftskompetenz die einzig verlässlichen Partner für die Menschen und Mittelständler in Europa. Denn wir stehen nicht für Luftschlösser und populistische Politik, sondern für Realismus und Augenmaß. Beleg dafür ist die Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Stabilitätspakt, welcher von der Union, von Helmut Kohl und Theo Waigel, verankert wurde. Heute schützt uns der stabile Euro vor den Turbulenzen der Märkte. Es wird Aufgabe der Union und der EVP sein, unsere krisenfeste Währung und den Stabilitätspakt gegen übermäßige Verschuldung zu schützen.

Sprechen Sie anderen Parteien, etwa der FDP, Wirtschaftskompetenz ab?

Konrad: Jede Stimme für die FDP wäre eine verschenkte Stimme. Die FDP stellt nur sieben Abgeordnete in der hundertköpfigen Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa. Diese Allianz ist eine Sammlungsbewegung für völlig unterschiedliche politische Lager. So finden sich dort etwa die niederländischen Grünen oder osteuropäische Mitglieder, die weder links noch rechts stehen, wieder. Von Wirtschaftskompetenz ist nichts zu spüren. Und im Zweifel stimmt der liberale Block immer mit

Christoph Konrad ist stellv. MIT-Landesvorsitzender NRW, Vorsitzender der Europa-Kommission des MIT-Bundesvorstandes und Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments

dem linken Lager. Da wir bei der Europawahl nur eine Stimme zu vergeben haben, erübrigen sich koalitionstaktische Erwägungen. Jede Stimme für die Liberalen stärkt eher den linken Flügel in Europa – eine merkwürdige Konstellation, aber die Wähler sollten dies wissen.

Kann Europa wirtschaftspolitisch eigentlich soviel ausrichten?

Konrad: Heutzutage kommen 80 Prozent der Wirtschaftsgesetzgebung aus Europa. Es ist also eine entscheidende Frage, wer in Europa die Mehrheit stellt. Dies hat unmittelbare Auswirkung auf die Ausrichtung Europas – hin zu mehr unternehmerischer Freiheit oder mehr Staatsinterventionismus. Wir stehen klar für mehr unternehmerische Freiheit, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands in Europa und vor allem die Entlastung des Mittelstands von zuviel Bürokratie.

Was muss in Richtung Bürokratieabbau unternommen werden?

Konrad: Ich begrüße die Initiativen zum Bürokratieabbau auf europäischer Ebene und die eingesetzte Arbeitsgruppe mit Edmund Stoiber als Vorsitzenden. Allerdings muss eine noch stärkere Einbindung des EU-Parlamentes in laufende und geplante Entbürokratisierungsprojekte erfolgen. Allein um Bürokratieabbau kann es aber nicht gehen. Wir benötigen bereits im Vorfeld von Richtlinien und Verordnungen einen funktionierenden Kontrollmechanismus, damit unnötige Bürokratie gar nicht erst entsteht. Die Arbeitsgruppe unter der Leitung von Edmund Stoiber muss zu einem Europäischen Normenkontrollrat mit weitreichenden Kompetenzen und ausreichenden Mitteln ausgestattet werden.

Die Wahlbeteiligung bei Europawahlen ist erfahrungsgemäß niedrig. Hat Europa ein Akzeptanzproblem?

Konrad: Ich glaube nicht, dass Nichtwähler grundsätzlich ein Problem mit Europa haben. Sie haben aber vielleicht ein Problem damit, wie Europa verfasst ist. Als Union verstehen wir unsere Aufgabe darin, zu verhindern, dass es zu einem zentralistischen Europa kommt. Das Subsidiaritätsprinzip muss weiterhin Geltung haben. Die EU darf sich nur dann bestimmten Politikfeldern annehmen, wenn sie im nationalstaatlichen Rahmen nicht mehr leistbar sind. Zudem müssen die Menschen Europa auch aus dem Blickwinkel einer gemeinsamen Wertegemeinschaft räumlich erfassen können. Daher wende ich mich entschieden gegen ein entgrenztes Europa. Wir müssen die Erweiterungspolitik der EU umstellen, das ist auch erklärtes Ziel von CDU/CSU und EVP. Zum Testfall der Vernunft wird daher die Ablehnung einer Vollmitgliedschaft der Türkei. Wir werden uns entschieden gegen die Vollmitgliedschaft wenden, die von SPD, FDP und Grünen so nachdrücklich eingefordert wird. *aj*

„DREHBUCH“ FÜR DIE ROT-ROT-GRÜNE WENDE

Was geschieht, wenn es am 27. September nicht zu einer CDU/FDP-Koalition reicht? Der Journalist Dr. Hugo Müller-Vogg geht von folgendem Szenario aus: Zunächst macht die große Koalition weiter. Doch im Herbst 2010 wählen SPD, Grüne und Linkspartei Frank-Walter Steinmeier zum Kanzler der ersten rot-rot-grünen Bundesregierung.

Müller-Vogg hat diese denkbare Entwicklung jetzt in seinem neuen Buch beschrieben: „Volksrepublik Deutschland – Drehbuch für die rot-rot-grüne Wende. Das Besondere dieses Buches liegt darin, dass das Drehbuch – obwohl frei erfunden – weitgehend auf realen, in der Vergangenheit geäußerten Statements der politischen Akteure fußt. So entwickelt der Autor unter Berücksichtigung der aktuellen Programme von SPD, Grünen und Linken eine Koalitionsvereinbarung, die die großen inhaltlichen Schnittmengen der drei Parteien widerspiegelt.

Hier ein Auszug über den Beginn der fiktiven Koalitionsverhandlungen am 12. November 2010:

„Recht schnell bestätigt sich in der ersten Verhandlungsrunde, was Klaus Wowereit ein Jahr vor der Wahl vorhergesagt hatte, dass nämlich eine Koalition mit der Linken 2009 „nicht aus ideologischen Gründen“ ausgeschlossen sei.

So heißt es im „Hamburger Programm“ der SPD von 2007: „Was uns eint, ist die historische Erfahrung, dass sozialdemokratische Politik nur erfolgreich sein kann, wenn sie verbunden ist mit dem demokratischen Engagement der Menschen in den Gewerkschaften, den Friedens-, Frauen-, Umwelt-, Bürgerrechts-, Eine-Welt- und globalisierungskritischen Bewegungen und Netzwerken.“ Und weiter: „Der demokratische Sozialismus bleibt für uns die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft...“.

Die Linke definiert ihre ideellen Grundlagen in den „Programmatischen Eckpunkten“ von 2007 so: „Wir stellen uns bewusst in die Traditionen der Aufklärung und des demokratischen Sozialismus, der großen Emanzipationsbewegungen der Arbeiterinnen und Arbeiter. Wir treten ein für die Ziele der Frauenbewegung, der Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung, der Friedensbewegung, der globalisierungskritischen Initiativen, der Sozialforen und Bewegungen gegen staatliche Repression, für die Durchsetzung der Grund- und Freiheitsrechte.“

Volksrepublik Deutschland
Drehbuch für die Rot-Rot-Grüne Wende
Hugo Müller-Vogg
Broschur, 144 Seiten 12,90 Euro
Olzog Verlag, ISBN 978-3-7892-8304-8

Foto: Laurence Chaperon

Buchautor Dr. Hugo Müller-Vogg, Freier Journalist und regelmäßiger BILD-Kolumnist

Dazu passt auch, was die Grünen in ihrem Grundsatzpapier “Die Zukunft ist Grün“ über ihr eigenes Selbstverständnis sagen: „Wir haben als Partei der Ökologie linke Traditionen aufgenommen, wertkonservative und auch solche des Rechtsstaatsliberalismus. Die Frauenbewegung, die Friedensbewegung und die Bürgerrechtsbewegung in der damaligen DDR haben das Profil unserer Partei mit geprägt.“

Der rot-rot-grüne Grundkonsens umfasst auch die betonte kritische Einschätzung der Globalisierung. Die SPD attackiert den „globalen Kapitalismus“ als Ursache dafür, dass alte Ungerechtigkeiten verschärft und neue geschaffen werden, die Linke wendet sich gegen den „entfesselten Kapitalismus“ und die Grünen stellen fest, „die heutige Art der Globalisierung schafft keine bessere Welt“.

Da muss man nicht mit der Lupe suchen, um große Schnittmengen zu finden. Deshalb wird für die Koalitionsverhandlungen ein ganz pragmatisches Vorgehen vereinbart: Zuerst sollen die vielen Politikfelder verhandelt werden, wo kaum oder leicht überwindbare Meinungsverschiedenheiten bestehen. Das gilt nach allgemeiner Übereinstimmung in erster Linie für die Sozialpolitik, die Steuerpolitik, die Gesundheitspolitik und die Energiepolitik.

Über die Außenpolitik soll dagegen erst zum Schluss gesprochen werden. Dabei haben Steinmeier und Lafontaine denselben Hintergedanken: Ist der Koalitionsvertrag erst einmal zu 80 Prozent ausgehandelt, wird die andere Seite in der Außenpolitik durchaus kompromissbereit sein. Wer will auch so kurz vor dem Ziel noch ein kollektives Stolpern organisieren?

Diese Vorgehensweise erweist sich als praktikabel. Nach weniger als zwei Wochen haben die drei Regierungsparteien in spe den größten Teil des Koalitionsvertrags ausgehandelt.“

Der Mittelstand wird mobil

DIE MOBILISIERUNG DER GESCHÄFTSPROZESSE WIRD MEHR UND MEHR AUCH FÜR MITTLERE UNTERNEHMEN ZUM THEMA

Von Michael Gneuss

Foto: Pitopia

Mit „Enterprise Mobility" kommen Mittelständler ihren Kunden näher und sind mit ihren Außendienstmitarbeitern auf Engste verbunden.

„Enterprise Mobility" oder „Mobile Business" sind Begriffe, die die IT-Verantwortlichen in großen Konzernen schon seit einiger Zeit umtreiben. Mittlerweile sind diese Schlagwörter auch im Mittelstand angekommen. „Es sind nicht mehr nur noch die Großunternehmen, die sich mit dem Thema beschäftigen. Auch viele Mittelständler haben erkannt, dass sie mit der Mobilisierung von Geschäftsprozessen enorme Effizienzgewinne realisieren können", sagt Key Pousttchi, Leiter der Arbeitsgruppe Mobile Commerce am Lehrstuhl für Wirtschaftsinformatik und Systems Engineering der Universität Augsburg.

Anbindung von Service-Technikern

Pousttchi hält zum Beispiel die mobile Vertriebsunterstützung für ein Feld, das auch für mittlere Unternehmen interessant sein kann. „Die Steuerung von Außendienstmitarbeitern ist immer ein geeigneter Ansatzpunkt, das gilt nicht nur für den Vertrieb, sondern auch für Service-Techniker, die Wartungen und Reparaturen durchführen." Die Lösungen, die von der IT-Industrie angeboten werden, sehen vor, alle Außendienstmitarbeiter mit Taschen- oder Tablet-Computer auszustatten. Mit diesen Endgeräten werden sie an eine zentrale Unternehmenssoftware angebunden. Wenn sie Reparatur- oder Wartungsdienste für Kunden erbringen, können sie unmittelbar nach Fertigstellung der Arbeiten selbst elektronisch die Daten für die Rechnungsstellung – die geleisteten Stunden und verbrauchten Ersatzteile – an die Unternehmenszentrale senden.

„Das ist ein Riesenvorteil", erklärt Pousttchi. „Die Gefahr fehlerhafter Dateneingaben sinkt, und die Rechnungen können viel schneller versandfähig gemacht werden." Zudem verfügen die Service-Techniker jetzt selbst über alle Daten, die sie für Reparaturen und für Wartungen benötigen, auf ihrem PDA und können die Arbeiten zügiger abschließen. „Das führt dazu, dass sich die Investitionen oft sehr schnell amortisiert haben", so der Wissenschaftler, der einmal im Jahr die Branchenkonferenz MCTA (Mobile Commerce Technologien und Anwendungen) initiiert.

Zeit- und Kostenvorteil

Derzeit sind vor allem die hohen Anfangskosten und beschränkte personelle Ressourcen im Bereich IT die größten Barrieren für Klein- und Mittelbetriebe. Rainer Brenk-Ortolf, Leiter des Fachbereichs Mobile Business bei der IT-Beratungsgesellschaft Begis in Düsseldorf, sieht aber Entwicklungen, die dem Mittelstand den Einstieg erleichtern werden. „Die Einstiegspreise sinken, und es werden immer mehr Lösungen speziell für den mittelständischen Bereich angeboten werden", sagt Brenk-Ortolf. Schon jetzt gibt es Lösungen für Handwerker, die Fenster elektronisch abmessen und die Daten automatisch in ein zentrales System zur Weiterverarbeitung senden. Begis ist auf die Themen Facility Management und Instandhaltung spezialisiert. „Bei Wohnungsabnahmen und Hausmeisterdiensten stellen mobile Lösungen bereits einen immensen Zeit- und Kostenvorteil dar", so Brenk-Ortolf. Und Stadtwerke, die der Begis-Berater auch der mittelständischen Wirtschaft zurechnet, würden zum Teil auch schon mit großem Erfolg mobile Lösungen für Wartungs- und Inspektionsarbeiten einsetzen. „Das steigert die Qualität der Service-Arbeiten, senkt die Kosten und reduziert ungeplante Ausfälle der Anlagen."

Enterprise Mobility

Mittelständler, die glauben, den Schritt ins Mobile Business noch nicht gehen zu können, sollten sich aber trotzdem schon einmal mit den Vorteilen der mobilen Welt befassen, meint Pousttchi. „Es ist nur eine Frage der Zeit bis die Mobilisierung der Geschäftsprozesse auch im Mittelstand auf breiterer Basis zur Anwendung kommen wird", so der Mobile-Experte. „Und schon mit einfachen Mitteln könnten Unternehmer heute ein Gefühl für die Möglichkeiten entwickeln. „Es reicht schon im ersten Schritt, die Außendienstmitarbeiter im Vertrieb mit Notebook und UMTS-Stick auszustatten, um ein Gefühl für den Vorteil der Datenverfügbarkeit vor Ort zu bekommen", so Pousttchi. Der Wissenschaftler nennt das noch nicht „Enterprise Mobility", sondern „Nomadic Computing". „Aber mitunter liegt das gar nicht so weit auseinander", macht er den kleineren Firmen im Mittelstand Mut.

1. EUROPÄISCHE KMU-WOCHE '09
KLEINE UNTERNEHMEN. GROSSE IDEEN

1. Europäische KMU-Woche

Wie lässt sich das Unternehmertum in Europa fördern? Welche Methoden und Instrumente helfen, um auf den Märkten Erfolg zu haben? Diese und andere Fragen stehen im Mittelpunkt der ersten „Europäischen KMU-Woche", vom 5. bis 14. Mai 2009 mit der die Europäische Union Klein- und mittelständische Unternehmen (KMU) unterstützt. Die DATEV eG beteiligt sich - zusammen mit verschiedenen regionalen Steuerberaterkammern - an dieser Woche mit einer Vortragsreihe.

Im Rahmen der Vortragsreihe behandeln Experten in 22 deutschen Städten aktuelle Themen aus der Praxis. Die Veranstaltungen sind kostenlos. Die Orte (Vortragsort folgt mit der Anmeldebestätigung), Termine und Inhalte finden Sie hier und im Internet über *www.datev.de/kmu-woche*

Ort	Datum Uhrzeit	Vortrag
Kiel	05.05.2009 17:00 - 20:00 Uhr	Betriebswirtschaftliche Auswertungen verstehen, nutzen und richtig anwenden
Dresden	06.05.2009 17:00 - 20:00 Uhr	Elektronische Rechnungslegung und Signatur
Essen	06.05.2009 17:00 - 20:00 Uhr	Sicherheit im Unternehmensalltag
Stuttgart	06.05.2009 18:00 - 21:00 Uhr	Betriebswirtschaftliche Auswertungen verstehen, nutzen und richtig anwenden
Leipzig	07.05.2009 17:00 - 20:00 Uhr	Elektronische Rechnungslegung und Signatur
Hannover	07.05.2009 18:00 - 21:00 Uhr	Betriebswirtschaftliche Auswertungen verstehen, nutzen und richtig anwenden
Dortmund	07.05.2009 18:00 - 21:00 Uhr	Vorbereitung auf die Elektronische Betriebsprüfung
Köln	07.05.2009 17:00 - 20:00 Uhr	Sicherheit im Unternehmensalltag
München	07.05.2009 17:00 - 20:00 Uhr	Vorbereitung auf die elektronische Betriebsprüfung
Berlin	11.05.2009 17:00 - 20:00 Uhr	Elektronische Rechnungslegung und Signatur
Bremen	11.05.2009 17:00 - 20:00 Uhr	Betriebswirtschaftliche Auswertungen verstehen, nutzen und richtig anwenden
Magdeburg	12.05.2009 17:00 - 20:00 Uhr	Sicherheit im Unternehmensalltag
Erfurt	12.05.2009 17:00 - 20:00 Uhr	Vorbereitung auf die elektronische Betriebsprüfung
Rostock	13.05.2009 17:00 - 20:00 Uhr	Sicherheit im Unternehmensalltag
Oberursel	13.05.2009 18:00 - 21:00 Uhr	Betriebswirtschaftliche Auswertungen verstehen, nutzen und richtig anwenden
Hamburg	14.05.2009 17:00 - 20:00 Uhr	Betriebswirtschaftliche Auswertungen verstehen, nutzen und richtig anwenden
Düsseldorf	14.05.2009 18:00 - 21:00 Uhr	Betriebswirtschaftliche Auswertungen verstehen, nutzen und richtig anwenden
Freiburg	14.05.2009 18:00 - 21:00 Uhr	Betriebswirtschaftliche Auswertungen verstehen, nutzen und richtig anwenden
Nürnberg	14.05.2009 17:00 - 20:00 Uhr	Sicherheit im Unternehmensalltag
Saarbrücken	14.05.2009 17:00 - 20:00 Uhr	Elektronische Rechnungslegung und Signatur
Mannheim	12.05.2009 17:00 - 20:00 Uhr	Betriebswirtschaftliche Auswertungen verstehen, nutzen und richtig anwenden
Ulm	13.05.2009 17:00 - 20:00 Uhr	Betriebswirtschaftliche Auswertungen verstehen, nutzen und richtig anwenden

Verkaufsregal oder Schaufenster?

NICHT JEDER MACHT MIT E-COMMERCE GUTE GESCHÄFTE

Foto: Pitopia

Rechtlich und politisch umstritten sind die Online- und Versandapotheken ein gutes Beispiel für den Zwiespalt, in dem manche Branchen bei E-Commerce stecken

Jedes Jahr aufs Neue ist von den Milliardenumsätzen im weltweiten Netz die Rede mit imponierenden Steigerungsquoten. Doch gemessen am gesamten Verkaufsvolumen des deutschen Einzelhandels sind es lediglich einstellige Prozentwerte. Das Internet hat das Konsumverhalten der Bevölkerung keineswegs so tiefgreifend verändert, wie es die Wegbereiter der neuen Technologie in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts prophezeit hatten. Viele der damals entstandenen Internet-Auftritte ungezählter Firmen warten heute immer noch vergeblich auf die erwarteten Besucherströme.

Gute Voraussetzungen allein reichen nicht

Dabei sind die Voraussetzungen durchaus gegeben. Acht von zehn Haushalten verfügen hierzulande inzwischen über einen Computer, 72 Prozent der 16- bis 74-Jährigen sind online vernetzt. Deutschland ist eine Internet-Nation, denn der europäische Durchschnitt liegt nur bei knapp 60 Prozent. Sechs von zehn Deutschen wollten ihre Geschenke im Internet kaufen – und haben sich dann größtenteils doch anders entschieden.

Da wundert es nicht, dass ganze Branchen sich enttäuscht vom E-Commerce verabschiedet haben und allenfalls die Gewinner wie Amazon oder Ebay bewundern. Auch weniger bekannte Mittelständler kommen mit dem System gut zurecht. Doch ein Dorf-Metzger, der mit Hilfe einer Homepage mehr Schnitzel oder Suppenfleisch verkaufen möchte, dürfte an seiner überhöhten Erwartungshaltung scheitern.

Was machen die Mitbewerber?

Erfolg setzt eine auf das Internet zugeschnittene Marketing-Strategie voraus, die technisch ausgefeilte Umsetzung auf Webseiten sowie eine brauchbare Vernetzung in den Suchmaschinen. Am Anfang jeder soliden

Planung stehen Recherchen bei der Konkurrenz. Welcher Mitbewerber ist im Internet vertreten? Mit welchen Informationen? Werden Produkte oder Dienstleistungen nur präsentiert oder können sie auch direkt bestellt werden? Wie oft die Seiten angeklickt werden, bleibt zwar ein gut gehütetes Geheimnis, doch Annäherungswerte vermitteln die „Traffic Rankings" der Suchmaschine Alexa (www.alexa.com).

Wer weiß, wie die Wettbewerber positioniert sind, sollte daran auch seine eigenen, ganz konkret formulierten Zielvorstellungen messen. Denn Erfahrungen aus dem vergangenen Jahrzehnt zeigen: Internet-Auftritte, die nur deshalb entwickelt wurden, „weil alle im Web vertreten sind", werden kaum noch beachtet. Bevor inhaltliche und technische Details zu erörtern sind, sollten die beiden wichtigsten Fragen möglichst oft gestellt und mit möglichst vielen Menschen erörtert werden:

- Wen will man mit den Seiten eigentlich erreichen?
- Warum sollen potenzielle Nutzer diese Seiten besuchen?

Die nächste Frage kann nur der Chef allein beantworten: Wieviel Geld will er für den Internet-Auftritt seines Unternehmens ausgeben? 5.000, 30.000 oder 200.000 Euro? Alles ist möglich. Bei einem eher knappen Budget steht die Anschlussfrage förmlich im Raum: Warum können wir unsere Homepage nicht selbst gestalten? Schließlich hat der neue Lehrling vorher zwei Semester an der Kunsthochschule das Fach Grafik belegt. Und wer den firmeneigenen Server betreut, sollte sich auch mit den Schnittstellen zu Kundendatenbanken oder Warenwirtschaftssystemen auskennen. Es macht jedoch einen gewaltigen Unterschied, ob etwa ein Freiberufler lediglich seine virtuelle Visitenkarte ins Netz stellen will oder aber ein Großhändler die radikale Umstellung seines Betriebs auf der Basis von E-Commerce plant.

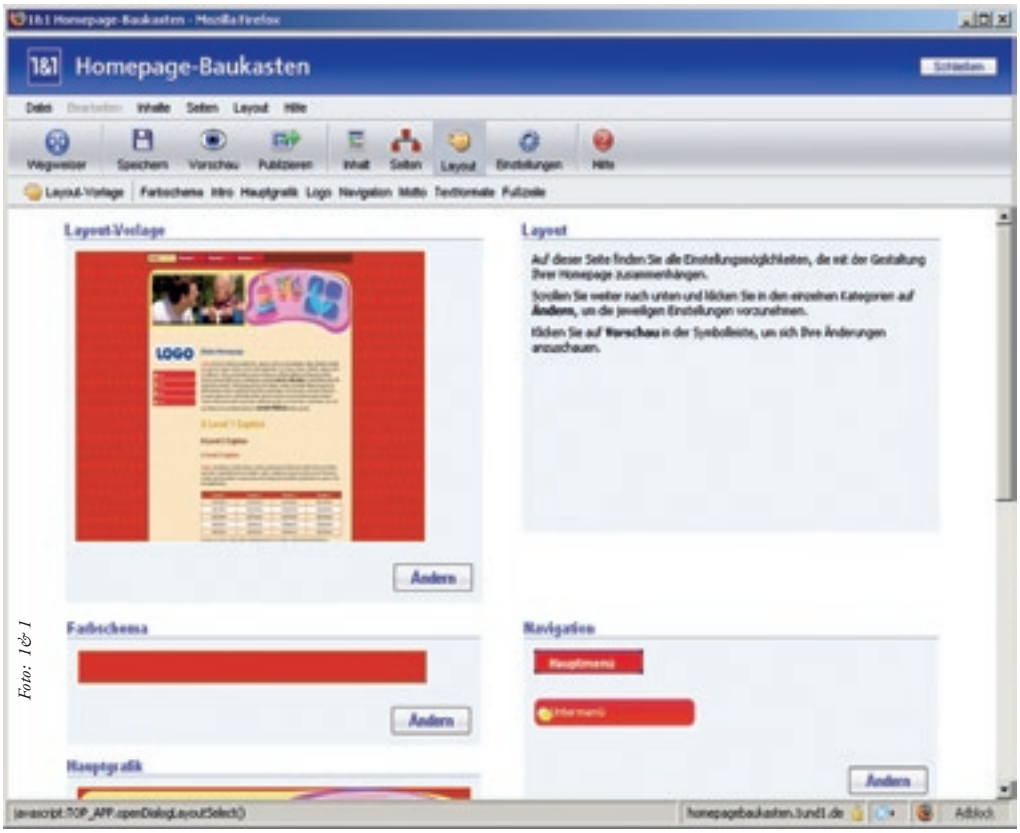
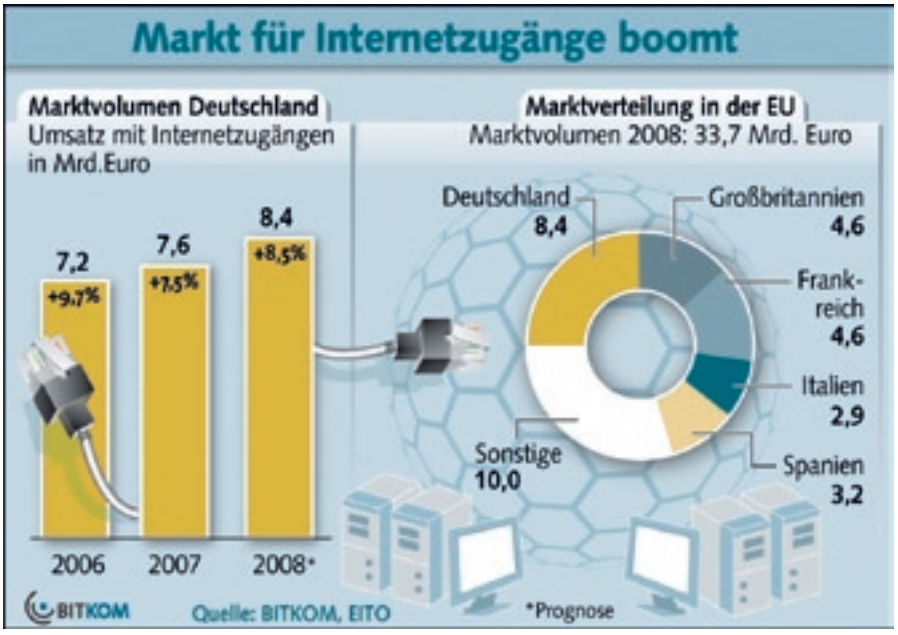


Foto: 1&1

Viele Unternehmen tun sich schwer mit einer aussagekräftigen Homepage. Dabei muss eine gute Homepage nicht aufwändig und teuer sein. Es gibt eine Reihe von Angeboten, die einfach umzusetzen sind.



Ohne professionelle Hilfe geht es kaum

Größere Firmen mit eigener Marketing- und IT-Abteilung mögen wichtige Vorarbeiten leisten, kleine und mittlere Unternehmen sind indes schnell überfordert, wenn es um das Zusammenspiel sehr komplexer Voraussetzungen geht. Das beginnt mit der Domain-Reservierung, führt zur Auswahl eines passgenauen und doch preisgünstigen Hosting-Systems sowie des entsprechenden Providers, reicht über das Erstellen von HTML-Seiten bis zur Pflege eines Content Management Systems (CMS).

Die Multimedia-Agenturen werben gerne mit der geballten Kompetenz

ihrer Mitarbeiter, die vom Design über die technische Entwicklung bis zum Suchmaschinen-Marketing reiche und als Full-Service angeboten wird. Doch woran erkennt der potenzielle Kunde, ob die offerierten Dienstleistungen wirklich seinen Vorstellungen entsprechen? Schließlich bewegt er sich in aller Regel auf unbekanntem und damit unsicherem Terrain.

Foto: Pitopia

Ein gutes Netzwerk ist im Wirtschaftsleben unverzichtbar, das gilt auch virtuell, also im Internet.

Ein Besuch vor Ort bietet immer noch die beste Möglichkeit, sich über einen persönlichen Eindruck von der Seriosität des Angebots zu überzeugen. Gute Berater fragen nach den Wünschen und Zielen ihrer Kunden und versuchen nicht, ihnen etwas zu verkaufen. Bei der Präsentation von Referenz-Auftritten im Internet ist darauf zu achten, ob die Firmenbeispiele alle ähnlich aussehen oder sich deutlich unterscheiden. Wer will schon über den sprichwörtlichen Kamm geschoren werden? Andererseits haben ausgeprägte Bedürfnisse, die viel individuelle Kreativität erfordern, auch ihren besonderen Preis.

Das erste, noch unverbindliche Gespräch kann bei näherem Interesse durchaus zu einem Grobkonzept führen, in dem auch verlässliche Kosten genannt werden. Doch Vorsicht: Es ist durchaus üblich und statthaft, dass Agenturen für die Entwicklung und Präsentation des Konzepts ein Honorar berechnen – unabhängig von der Tatsache, ob sie den Auftrag bekommen oder nicht. Gerade für Handwerker ist dieses Geschäftsgebaren schwer nachvollziehbar, da sie in aller Regel ihre Angebote gratis abgeben. Um vorab auch einen realistischen Überblick über die Kosten zu bekommen, ist es besser, sich zunächst an vergleichbaren, von der Agentur bereits abgewickelten Aufträgen zu orientieren.

Erst Suchmaschinen führen zum Angebot

Was nutzt die schönste Homepage, wenn sie nicht gefunden wird? Ohne Google oder Yahoo geht heute nahezu nichts mehr – Suchmaschinen sind zum Eingangstor aller Internet-Angebote geworden. Gerade bei populären Suchbegriffen sind die Ergebnislisten ellenlang. Wer dort auf einem der vorderen Plätze steht hat einen deutlichen Wettbewerbsvorteil gegenüber der Konkurrenz (siehe Kasten „Wer zahlt am meisten?").

Auf der Suche nach neuen Informationen setzen Google & Co. ein Spezialprogramm ein – Robot oder Spider genannt –, das im Web Dokumente aufspürt, die noch nicht im Index enthalten sind. Es folgt dabei den Links bereits vorhandener Anbieter und findet Newcomer schneller, wenn jene dort schon vernetzt sind. Zum Beispiel als Hinweis auf der Website eines Branchenverbandes.

Weil der Robot gut zu tun hat, lässt sich nicht vorhersagen, wann er die neue Homepage erreicht und das dort gefundene Angebot in den Suchlisten berücksichtigt. Es gibt allerdings auch die Möglichkeit, die neu eingerichtete Internetseiten manuell anzumelden und den Robot einzuladen, das Angebot zu besuchen.

Erst wenn die Homepage auch im System der Suchmaschinen fest verankert ist, kann die Erfolgskontrolle beginnen. Die zunächst wichtigste Kennziffer ist der Abruf der Seite. Sie wird als PI-Wert (Page Impression) festgehalten und ist Basis des Online-Marketing. Denn: Haben innerhalb einer Kampagne 10 von 1.000 Besucher ein Angebot bestellt, beträgt die so genannte Conversion-Rate ein Prozent. Im Vergleich zur klassischen Werbung kein schlechter Wert.

Cw

Der lange Weg zum gewünschten Ergebnis soll kürzer werden

In mehreren Studien hat Microsoft ermittelt, dass etwa 40 Prozent der im Internet gestarteten Anfragen unbeantwortet blieben. Denn der Weg über die zahlreichen Linklisten dauert durchschnittlich zwölf Minuten, bis die gewünschte Antwort vorliegt. Das ist vielen Nutzern nicht nur zu lange, häufig präsentiert die Suchmaschine auch als bestes Ergebnis einen völlig veralteten Eintrag. Zum Beispiel Fachbeiträge einer PC-Zeitschrift, die seit 1995 nicht mehr erscheint.

„Wir sehen die Internetsuche erst am Anfang ihrer Entwicklung", räumt Kay Oberbeck ein, Sprecher von Google Deutschland. „Vermutlich haben wir weniger als fünf Prozent von dem erreicht, was das Netz den Menschen an Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten an die Hand gibt." Die Anbieter wollen ihre Suchmaschinen nun zielorientierter ausrichten, sie sollen eigenständig zwischen Informationen etwa zur Stadt Paris und der Hotel-Erbin Paris Hilton unterscheiden lernen.

Yahoo hat beispielsweise sehr erfolgreich auf seiner indischen Seite neue Darstellungsformen getestet (www.yahoo.in). Wer etwa als Reiseziel das Stichwort „London Tower" eingibt, bekommt statt der obligaten Linkliste einen bunten Mix aus Fotos, Videos, Stadtplan, Hotelinformationen und Flugangeboten präsentiert.

Google arbeitet ebenfalls an neuen Konzepten und möchte dabei auch möglichst viele Unternehmen einbinden. Wohl wissend, dass acht von zehn Käufern im Internet über Google in die Onlineshops gelangen.

WER ZAHLT AM MEISTEN...

Bei Google eine Anzeige zu schalten, etwa zum Thema Immobilienangebote, ist unproblematisch. Doch diese Idee haben viele Makler. Wie aber kommt man auf die vorderen Plätze, wenn der Suchbegriff aufgerufen wird?

Die Abrechnung der Google-Anzeigen erfolgt nach der Methode „Cost per Click". Der Auftraggeber muss also nur dann Gebühren für diese Internet-Veröffentlichung bezahlen, wenn die Seite auch tatsächlich von potenziellen Kunden angeklickt wird. Über die Platzierung kann jeder selbst entscheiden, wenn er der Plattform mitteilt, wie viel er für einen Click zu zahlen bereit ist. Das höchste Gebot landet auf Platz eins. Gerade bei stark frequentierten Suchbegriffen entbrennt gelegentlich ein erbitterter Preiskampf um die beste Position.

...und betrügt am besten?

Nun können allerdings auch die Mitarbeiter konkurrierender Firmen die Seiten der Mitbewerber anklicken, obwohl sie nicht im Traum daran denken, dort Waren zu kaufen oder eine Anfrage zu starten. Für jeden Click ist jedoch das vereinbarte Honorar fällig, denn die Suchmaschine hat ihre Leistung ordentlich erbracht. Das kann ins Geld gehen.

Findet ungewöhnlich hohes Interesse keinen Niederschlag bei den Bestellungen, lassen sich kriminelle Machenschaften durchaus aufdecken, doch technisch versierte Betrüger finden auch Möglichkeiten, lange unentdeckt zu bleiben.

Nachholbedarf bei älteren Altersgruppen

Bei den 43- bis 75-Jährigen haben die klassischen Medien nichts von ihrer Bedeutung eingebüßt. Dies ergab eine im Herbst 2008 durchgeführte Online-Erhebung bei 1.882 Konsumenten im Alter von 14 – 75 Jahren. In der vorgenannten Altersgruppe ist die Nutzung der neuen Informationstechnologien längst nicht so stark verankert wie bei den Jüngern zwischen 14 und 42 Jahren.

Im Einzelnen:

- Durchschnittsalter aller Onliner: 44 Jahre
- TV für 75 % als Quelle für Informationen mit größter Bedeutung
  Festnetztelefon nach wie vor bevorzugtes Kommunikationsmittel
- PC ist mehr ein Unterhaltungsgerät als Fernseher
- Print- (72 %) und TV-Werbung (65 %) mit größerem Einfluss als Online-Werbung (52 %)
- Printmedien weiterhin enorm wichtig; Kino und Videospiele fast bedeutungslos

G.K.

Quelle:
Deloitte Consulting GmbH, Studie zur Mediennutzung im internationalen Vergleich

Zwar wendet sich auch die ältere Generation immer mehr dem PC zu, aber für die meisten gilt: **Das muss ich nicht mehr können.**

GLÄNZENDE BILANZ TROTZ KRISE

Deutsche Vermögensberatung weiter auf Erfolgskurs

„Rekordergebnis trotz Wirtschaftskrise", „DVAG ist der Gewinner der Finanzkrise", „DVAG läuft der Konkurrenz davon" und „Weiteres Rekordjahr der DVAG" titelten namhafte Zeitungen nach der Bilanzpressekonferenz der Deutschen Vermögensberatung am Finanzplatz Frankfurt am Main. Professor Dr. Reinfried Pohl, Gründer und Vorstandsvorsitzender der Deutschen Vermögensberatung (DVAG), erklärte: „2008 war das erfolgreichste Geschäftsjahr in der Geschichte des Unternehmens. Die DVAG konnte erneut zweistellig wachsen und damit ihre Marktführerschaft als weltweit größter eigenständiger Finanzvertrieb entscheidend ausbauen. Dabei kommt ihr zugute, dass sich in Deutschland immer mehr Bürgerinnen und Bürger für eine Betreuung durch einen Berater der DVAG entscheiden, weil sie vom Rat ihrer bisherigen Hausbank enttäuscht sind. Im Gegensatz zu anderen berät die Deutsche Vermögensberatung ganzheitlich. Wir haben ganz bewusst auf die Vermittlung hochriskanter Produkte verzichtet."

Stattlicher Gewinn

Für ihn gelte das Prinzip „Lieber ein Leben lang Schnitzel und Bratkartoffeln als kurze Zeit Kaviar und Champagner und dann nur noch Wasser und Brot", erklärte Pohl. Diese Maxime sei letztlich Ursache für den gegenwärtigen Erfolg und auch für die Steigerung der Kundenzahl auf über 5,2 Millionen. Auch sonst sind die Zahlen des Finanzdienstleisters sehenswert: Die Umsatzerlöse stiegen im Geschäftsjahr 2008 um 21,9 Prozent auf 1,2 Milliarden Euro. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit stieg um 11,5 Prozent von 209,2 auf 233,2 Millionen Euro. Somit ist der Gewinn vor Steuern bei der DVAG allein höher als bei allen anderen eigenständigen Finanzvertrieben in Deutschland zusammen.

Beeindruckend ist auch der ausgewiesene Jahresüberschuss, der um 18 Prozent auf 149 Millionen Euro stieg. Würde die DVAG als Aktiengesellschaft im M-DAX notiert, so würde ihr Jahresüberschuss denjenigen von mehr als drei Vierteln aller im Index gelisteten Unternehmen übertreffen. Auch die Eigenkapitalquote des Unternehmens erhöhte sich deutlich.

Wachstum in nahezu allen Bereichen

Aufgrund ihres bewährten Geschäftsmodells konnte die DVAG ihren Markanteil in fast allen Bereichen weiter ausbauen. Besonders erfreulich entwickelte sich das Neugeschäft in der Lebensversicherung: Während die Branche hier um rund sieben Prozent wuchs, legte die DVAG im Neugeschäft (laufender Jahresbeitrag) um 26,6 Prozent zu. Wesentlichen Anteil am großen Erfolg hatte erneut die Riester-Rente. Mittlerweile führt die DVAG mehr als eine Million Riester-Verträge im Bestand.

Andere Unternehmen bauen Kapazitäten ab – die DVAG baut auf und bietet dazu glänzende Perspektiven. Dies ist von großer Signalwirkung in der gegenwärtigen Wirtschaftslage und zeigt Vorbildfunktion: Die Zahl der haupt- und nebenberuflichen Vermögensberater im Geschäftsjahr 2008 stieg um 16,5 Prozent auf über 37.000. „Wir geben Menschen Perspektiven", so Vorstandsmitglied Dr. Udo Corts. „Gerade gegenwärtig brauchen immer Menschen den Rat eines Vermögensberaters. Und unlängst hat eine unabhängige Rating-Agentur unserem Unternehmen attestiert, beste Karrierechancen für neue Vermögensberater zu bieten."

Personelle Umgliederung bei der DVAG: **Udo Corts** (links) löst **Friedrich Bohl** (rechts) ab, der neuer Aufsichtsratsvorsitzender wird. Vorstandsvorsitzender bleibt der Firmengründer **Reinfried Pohl** (Mitte).

Familiengeführter Konzern

Mit ihrem bewährten Geschäftsmodell und einer exzellenten Führungsmannschaft blickt die Deutsche Vermögensberatung optimistisch in die Zukunft. Die DVAG-Holding, die sich vollständig im Eigentum der Familie Pohl befindet, hat ihren Anteil an der Deutschen Vermögensberatung von 50 auf 60 Prozent plus 10 Aktien erhöht. Zudem haben die Söhne Reinfried Pohl und Andreas Pohl zusammen die Mehrheit an der Familienholding erhalten, während weiterhin 48 Prozent der Holdinganteile in der Hand von Professor Dr. Reinfried Pohl liegen. Damit bleibt die DVAG auch in der nächsten Generation ein stabiles, familiengeführtes Unternehmen.

Friedrich Bohl neu an der Spitze des Aufsichtsrats

Auch im Vorstand und Aufsichtsrat wurden die Weichen für die Zukunft neu gestellt: Das langjährige Vorstandsmitglied Friedrich Bohl wurde zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates der DVAG gewählt. Pohl sagte dazu: „Wir sind froh und dankbar, dass wir in der Vergangenheit oft auf die Erfahrung und das Wissen von Friedrich Bohl zurückgreifen konnten. Ich freue mich zusammen mit meinen Söhnen Andreas Pohl und Reinfried Pohl, dass Friedrich Bohl sich bereit erklärt hat, den Vorsitz unseres Aufsichtsrates zu übernehmen. Damit bleibt Friedrich Bohl auch zukünftig unserem Unternehmen eng verbunden!"

Info: www.dvag.de

RECHT IM GESPRÄCH

Wolf-Dietrich Bartsch,
Rechtsanwalt und Notar,
stellt sich den Fragen unserer Leser

Rechtliche Fragen beherrschen unseren Alltag und auch das Miteinander im Berufsleben. Die Beziehungen zwischen Unternehmen stehen dabei ebenso auf dem rechtlichen Prüfstand wie die Vertragsverhältnisse zwischen Firmen und Verbrauchern.

Wir wollen helfen, Klarheit in den Paragrafen-Dschungel zu bringen. Dazu geben wir Ihnen gerne die Gelegenheit, uns Fragen zu rechtlichen Problemen zu senden. Eine kurze Mail genügt. Wir werden jeden Monat ausgewählte Fragen veröffentlichen und beantworten.

***Aber Achtung:** Es geht dabei nicht um eine individuelle rechtliche Beratung. Die erhalten Sie bei Ihren Rechtsanwälten vor Ort. Wir wollen vielmehr allgemeine rechtliche Tendenzen aufzeigen.*

Unser Leser Manfred K. möchte wissen, was es mit den Bezeichnungen Fachanwalt oder Spezialist auf sich hat. Er hat dies in Werbeanzeigen von Anwaltskanzleien gelesen. Der Unterschied ist ihm nicht klar.

Um sich Fachanwältin oder Fachanwalt nennen zu dürfen, muss man ganz besondere Voraussetzungen erfüllen. Fachanwälte sind Rechtsanwälte, die auf einem bestimmten Rechtsgebiet besondere Kenntnisse und Erfahrungen erworben haben. Die lokal zuständige Rechtsanwaltskammer verleiht diesen Titel. Die Details sind hierzu in der Fachanwaltsordnung (FAO) geregelt.

Die „besonderen Kenntnisse“ werden überprüft. So sind für den jeweiligen Fachanwaltstitel spezielle Fortbildungen, schriftliche Prüfungen (z.B. drei fünfstündige Klausuren) und der Nachweis praktischer Erfahrungen erforderlich. Hat der Rechtsanwalt erfolgreich den Titel „Fachanwalt“ erworben, so muss er sich auf dem jeweiligen Rechtsgebiet regelmäßig fortbilden. § 15 FAO schreibt vor, dass die Gesamtdauer der Fortbildung zehn Zeitstunden pro Jahr nicht unterschreiten darf.

Ein Rechtsanwalt darf maximal zwei Fachanwaltsbezeichnungen führen, er darf aber natürlich weitere Prüfungen ablegen, ohne sich dann entsprechend nennen zu dürfen.

In der Fachanwaltsordnung ist auch geregelt, welche Fachanwaltstitel es gibt. Zur Zeit ist es möglich, Fachanwalt für folgende Rechtsgebiete zu werden:

- Arbeitsrecht
- Bank und Kapitalmarktrecht
- Bau- und Architektenrecht
- Erbrecht
- Familienrecht
- Gewerblicher Rechtsschutz
- Handels- und Gesellschaftsrecht
- Informationstechnologierecht
- Insolvenzrecht
- Medizinrecht
- Miet- und Wohnungseigentumsrecht
- Sozialrecht
- Steuerrecht
- Strafrecht
- Transport- und Speditionsrecht
- Urheber- und Medienrecht
- Verkehrsrecht
- Versicherungsrecht
- Verwaltungsrecht

Weitere Fachgebiete sind in der Planung. Die Zahl der Rechtsanwälte, die einen oder zwei Fachanwaltstitel erwerben, wächst stetig.

Dagegen ist es gesetzlich nicht geregelt, welche Voraussetzungen ein Anwalt mitbringen muss, damit er sich „Spezialist für ...“ nennen darf. Es gibt aber bereits diverse Urteile, die zumindest ein wenig Klarheit schaffen.

Das OLG Stuttgart sieht in der Bezeichnung „Spezialist für ...“ einen wettbewerbsrechtlichen Verstoß, wenn der Rechtsanwalt nicht nachweisen kann, dass er auf dem fraglichen Rechtsgebiet den Durchschnitt weit übersteigende Kenntnisse verfügt und im erheblichen Umfang tätig gewesen ist.

Das OLG Nürnberg verlangt sogar, dass er qualitativ über den Mitbewerber herausragt und über Kenntnisse verfügt, die auch ein Fachanwalt nicht bieten kann. Danach wird es Spezialisten künftig nur in sehr beschränkten Rechtsbereichen geben können. Ist ein Rechtsgebiet durch eine Fachanwaltschaft abgedeckt, so ist eine Selbstbewertung als Spezialist für diesen gesamten Bereich nach Auffassung des OLG nicht möglich. Das breite Spektrum, dass ein Fachanwalt abdeckt, lässt eine Spezialisierung in dem Umfang nicht zu. Möglich soll aber der Fachanwalt für Familienrecht und daneben der Spezialist für Unterhaltsrecht sein.

Ob das alles für den rechtsuchenden Bürger durchschaubar ist, bleibt fraglich. Aber achten Sie doch bei Ihrem nächsten Besuch in einer Anwaltskanzlei einmal darauf, welche Spezialisierungen dort durch Fachanwaltstitel nachgewiesen sind. Sie wissen jetzt, was es mit dieser Bezeichnung auf sich hat.

Schreiben Sie uns: rechtsfragen@mitmagazin.com

ERHARD-ZITATE

Das erfolgversprechendste Mittel zur Erreichung und Sicherung jeden Wohlstandes ist der Wettbewerb. Er allein führt dazu, den wirtschaftlichen Fortschritt aller Menschen, im besonderen in ihrer Funktion als Verbraucher, zugute kommen zu lassen, und alle Vorteile, die nicht unmittelbar aus höherer Leistung resultieren, zur Auflösung zu bringen.

*

Wer den Wettbewerb als Ordnungselement der Wirtschaft anerkennt, kann dieses Prinzip nicht da und dort aus Opportunismus und Zweckmäßigkeit willkürlich ablehnen, heute bejahen und morgen verwerfen und dabei noch stolz wähnen, dass solche Richtungslosigkeit Wirklichkeitsnähe verrate. Die Tatsache, dass die Menschen im allgemeinen nicht reine Engel, aber auch nicht gerade reine Teufel sind, kann uns ja auch nicht dazu veranlassen, auf ethische Normen zu verzichten und die Charakterlosigkeit zum moralischen Imperativ zu erheben.

*

Ich erblicke in der Entfaltung des Wettbewerbs die beste Gewähr sowohl für eine fortdauernde Leistungsverbesserung als auch für eine gerechte Verteilung des Volkseinkommens bzw. des Sozialprodukts. Im Interesse einer wirklich ‚sozialen’ Marktwirtschaft kann ich auf diesen Motor einer gesunden ökonomischen Entfaltung unmöglich verzichten (. . .) Die unternehmerische Plan- und Zwangswirtschaft erscheint mir um nichts weniger verwerflich und schädlich als die behördliche Zwangswirtschaft.

*

Die Möglichkeit privater Wohlstandsbildung wird auch nicht verstärkt, sondern geschwächt, wenn mit dem zunehmenden Eindringen des Staates in die Wirtschaft der wirtschaftende Mensch selbst in seiner Betätigungs- und Entfaltungsmöglichkeit immer stärker eingeschränkt und eingeengt wird.

Quelle: ‚Die Soziale Marktwirtschaft. Der Ludwig-Erhard-Zitatenschatz.’ Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU. Berlin 2007. ISBN 978-3-00-023130-8

Die Automatenbranche stellt vor: Fachkraft für Automatenservice

„Klemmende Automaten, kein Rückgeld, das Geld fällt immer wieder durch – wer kennt das nicht?“, fragt Karl Besse, Vorsitzender des Bundesverband Automatenunternehmer e.V. „In dieser Situation ist es wichtig, schnell und kompetent zu handeln und das Problem zu lösen; service- und dienstleistungsorientiert“.

Die Automatenbranche habe nicht genügend qualifiziertes Personal und für sie sei mit den zwei neuen, branchenspezifischen Ausbildungsberufen ein Meilenstein erreicht, sagt Besse weiter. Als Vorläufer der jetzigen, eigenständigen Berufsbilder habe die „Arbeitsgemeinschaft Automatenwirtschaft“ seit 1999 gemeinsam mit der IHK Bonn/Rhein-Sieg Zusatzqualifizierungskurse durchgeführt, um das so dringend notwendige Branchen-Know-how zu vermitteln.

Ziel der auf zwei Jahre angelegten Ausbildung zur „Fachkraft für Automatenservice“ ist es, jungen Menschen Kenntnisse und Fertigkeiten für eine fachgerechte Aufstellung, Wartung und Störungsbehebung von Automaten, eine qualifizierte Kundenberatung/-betreuung sowie allgemeine betriebswirtschaftliche Grundlagen zu vermitteln. „Darüber hinaus gehören auch die technische Kommunikation, die Warenbewirtschaftung und die rechtlichen Rahmenbedingungen sowie das Arbeiten an elektronischen Systemen zu den Inhalten der Ausbildung“, erläutert Harro Bunke, Geschäftsführer des Bundesverbandes Automatenunternehmer (BA).

„Die auf drei Jahre angelegte Ausbildung zum Automatenfachmann / -frau ist in den ersten zwei Jahren identisch mit den Lerninhalten der zweijährigen Ausbildung der Automatenservice-Fachkräfte“, so Bunke weiter. Die Ausbildung finde jedoch im Gegensatz zu den Automatenservice-Fachkräften in einer Großhandelsniederlassung statt.

E-Mail: ausbildungsbeauftragter@awi-info.de

Zwei neue eigenständige Ausbildungsberufe für die Automatenwirtschaft

Gericht erlaubt Betrieben außerordentliche Kündigung wegen Nichtführung von Ausbildungsnachweisen

Führt ein Auszubildender trotz wiederholter Abmahnungen die vorgeschriebenen Berichtshefte nicht oder nicht ordnungsgemäß, kann dies die außerordentliche Kündigung seines Ausbildungsverhältnisses rechtfertigen. So hat das Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein entschieden.

Das Berufsbildungsgesetz ist die Grundlage für die betriebliche Ausbildung in Deutschland. Dennoch kennen viele Azubis ihre Rechte und die Pflichten während ihrer Ausbildungszeit nicht. Dabei ist das Thema Kündigung von großer Bedeutung für Azubis. Denn: Auch nach Ablauf der Probezeit kann der Betrieb aus wichtigen Gründen eine fristlose Kündigung aussprechen. Dazu zählt unter anderem der Verstoß gegen die Sorgfaltspflicht. Bedeutet: Der Azubi hat seine Ausbildungsnachweise ordnungsgemäß zu führen. Ausbilder können von Azubis zwar nicht verlangen, das BBiG auswendig zu kennen. Aber sie sollten die für sie wirklich wichtigen gesetzlichen Vorschriften zur Verfügung stellen.

Die Broschüre „Rechte und Pflichten der Auszubildenden“ von Dr. Carmen Hergenröder bietet Azubis und Betrieben die perfekte Hilfe. Sie gibt wertvolle Hinweise zu rechtlichen Themen wie Handlungsfähigkeit, Weisungsgebundenheit, Sorgfalts- oder Verschwiegenheitspflicht. Damit bleiben keine Fragen offen und die Informationen sind immer dann zur Hand, wenn sie benötigt werden. Zusätzlich sind Checklisten und Vorlagen enthalten, dadurch sind einzelne Punkte noch besser und leichter zu verstehen.

wdb

E-Mail: service@forum-verlag.com

Das System Finanzkrise

POLITISCH GEPLANTE UMVERTEILUNG ZU LASTEN DES MITTELSTANDES

10 Milliarden Steuergelder für die IKB, 18,2 Milliarden für die Commerzbank, bald 150 Milliarden für die HRE – Hunderte von Milliarden zur Begleichung der Wettschulden und der fortlaufenden Boni für Investmentbanker. Wessen Geld wird da eigentlich verteilt? Richtig: Das Geld der Bürger.

Bei jedem Sanierungskredit einer Bank für ein marodes Unternehmen gibt es harte Auflagen: Senkung von Gehältern, Sparsamkeit bei Privatausgaben, Streichung von Gewinnausschüttungen, Verzicht auf verlustreiche Casino-Geschäftsmodelle. Im Falle der Finanzhäuser passiert gerade dies nicht. Das Geld der Bürger wird mit beiden Händen zum Fenster hinaus geworfen, und das Casino geht weiter.

Auch die staatlich kontrollierten Banken sind mit von der Partie: Als Vorbild helfen ihre Auslandstöchter Kunden bis in die jüngste Gegenwart bei der Steuerhinterziehung. Dort scheint Schwarzgeld sicherer zu sein als in Liechtenstein.

Seit 6 Jahren bekannt

Misstrauen ist angesagt, denn Politiker erfanden kurzerhand das Märchen von der Überraschung einer Finanzkrise aus den USA seit 2008. Doch bereits am 24.02.2003 berichtete das Handelsblatt, dass die Bundesregierung mit den Spitzen der Banken und Versicherungen zusammengesessen habe, um eine Lösung für die Milliarden schlechter Risiken zu suchen, die damals schon unsere „ehrenwerten" Banken und Versicherungen angehäuft hatten. Und die Finanzhäuser wussten bereits seit 1999 aus der New York Times, dass verschiedene US-Banken auf politischen Druck hin begonnen hatten, Hauskredite an Käufer ohne Bonität zu vergeben. Das Gewinnspiel-Casino für Finanzhäuser funktioniert nur mit dem Segen der Politik und natürlich nur, wenn der Steuerzahler am Ende für die Verluste gerade stehen darf.

Rot-Grün ließ Heuschrecken zu

Bad Bank kommt von Bad Banking: Eine zentrale Verantwortung dafür liegt im Bundesfinanzministerium, denn dieses hat aktiv an der Entwicklung und

Solange der Mittelstand die „Bad Banks" nicht fallen lässt, finden Politiker Gründe, das „Bad Banking" mit Steuergeldern zu sponsern.

Einführung der Schrottpapiere mitgearbeitet. Die Verpackung von schlechten Forderungen in besser klingenden Wertpapieren wurde erleichtert. Hedgefonds wurden in Deutschland im Jahre 2004 (unter Rot-Grün!) zugelassen. Die Plünderung deutscher Unternehmen durch deutsche und ausländische so genannte Investoren, genauer gesagt die „Heuschrecken", wurde ab dem 1.1.2002 steuerlich gefördert. Bis heute bestehen diese Regelungen so gut wie unverändert.

Die politisch Verantwortlichen tun so, als würden sie sorgfältig mit unserem Geld umgehen. Der Finanzminister schreitet zur Rettung der HRE mit staatlichem Geld genau einen Tag, nachdem die Haftung des früheren Eigentümers HypoVereinsbank am 28.9.2008 ausgelaufen ist. Faktisch ein Geschenk für diese Bank, auf Kosten des Steuerzahlers, leider ohne Gegenleistung an den Minister?

Ausverkauf des Finanzplatzes

Die Politik hat den Ausverkauf des „Finanzplatzes Deutschland" erst ermöglicht: Heuschrecken erzielen hohe Renditen dadurch, dass sie mit einem minimalen Anteil von circa 20 Prozent Eigenkapital ein Unternehmen übernehmen, Schulden mit hohen Zinsen zulasten des Unternehmens aufnehmen und es mit Beratungsverträgen zusätzlich belasten. So in Variationen bei Grohe, Märklin, Hugo Boss, Altana alias Nycomed und vielen anderen Unternehmen. Die daraus folgenden Arbeitslosen darf dann wieder der Steuerzahler durchfüttern.

Auf die Frage, was nun geboten ist, sagte jüngst der Ex-Hedge-Fonds-Manager Jim Cremer: „Schauprozesse !". In der Tat, die Verantwortlichen gehören an den Pranger. Die politisch Verantwortlichen erzählen uns hingegen, wir bräuchten mehr Transparenz und mehr Regulierung – Rechtswirklichkeit ist das Gegenteil. Auch die Hilfspakete der Regierung änderten daran nichts: Das Casino wurde nicht geschlossen. Hunderttausende Anleger wurden über komplexe Finanzprodukte (z.B. Derivate und Zertifikate) um ihr Geld gebracht. Die Verantwortlichen, einschließlich des Josef Ackermann, werden nicht zur Rechenschaft gezogen.

Der Mittelstand sollte Geschäftsverbindungen zu solchen Finanzhäusern suchen, die gesund sind. Niemand ist gezwungen, Casino-Institute durch eine eigene Geschäftsverbindung zu fördern. Wir haben keine Liquiditätskrise, sondern eine Bonitätskrise: Schon immer galt die Bankiers-Regel „Wer Geld hat, der bekommt Kredit". Solange der Mittelstand die „Bad Banks" nicht fallen lässt, finden Politiker weiter Gründe dafür, das „Bad Banking" mit dem Geld der Bürger zu sponsern.

Albrecht Müller und Dr. Johannes Fiala

ANZEIGE

Löhne ändern sich schon wieder

Erneut müssen Unternehmen ihre Lohn- und Gehaltsabrechnungen anpassen, mitunter sogar rückwirkend ändern. Das sind Folgen des Konjunkturpakets II. Steuertarife, Kurzarbeit, Krankenversicherungsbeiträge – die Änderungen bei den Löhnen folgen immer schneller. Kein leichtes Unterfangen für Unternehmen. Auf der sicheren Seite ist, wer dabei auf seinen Steuerberater setzt. Er sorgt mit DATEV-Software für korrekte und pünktliche Lohnabrechnungen. DATEV eG, 90329 Nürnberg. www.datev.de

DATEV

AKTUELLE URTEILE

Ohne Miete kein Wasser

LG Heilbronn; Urteil vom 18.11.2007; 2 O 448/07

Ein Gewerberaumvermieter muss sich nicht alles gefallen lassen. So hatte das Landgericht Heilbronn einen Fall zu entscheiden, in dem der Mieter dem Vermieter bereits ca. 45.000 Euro schuldete. Dieser kappte darauf hin die Versorgung mit Heizwärme, Kalt- und Warmwasser. Der Mieter wollte mit Hilfe eines Antrags auf Erlass einer einstweiligen Verfügung die Versorgung wieder sicherstellen, obwohl er zahlungsunfähig war. Dies war der Aufhänger für das Landgericht. Es widerspricht dem Grundsatz von Treu und Glauben, eine Leistung zu verlangen, wenn klar ist, dass diese nicht vom Mieter gezahlt werden kann. Das Landgericht wies daher den Antrag folgerichtig ab.

GbR und kein Ende

BGH Beschluss vom 04.12.2008; V ZB 74/08

Und wieder hatte sich der Bundesgerichtshof mit der Frage zu befassen, ob eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) unter ihrem Namen in das Grundbuch eingetragen werden darf. Die Details dieser Rechtsfrage sind nach wie vor stark umstritten, zumal es an eindeutigen Vorschriften im Grundbuchrecht fehlt. Der BGH hat jetzt klargestellt: Die GbR ist unter dem Namen in das Grundbuch einzutragen, den die Gesellschafter für sie im Gesellschaftsvertrag vorgesehen haben. Und da viele „GbRs“ einen solchen Namen nicht eingeplant haben, hat der BGH auch daran gedacht: In diesem Fall ist durch das Grundbuchamt einzutragen die „Gesellschaft bürgerlichen Rechts bestehend aus…“.

Ja ist denn schon Weihnachten ?

BAG; Urteil vom 10.12.2008; 10 AZR 35/08

Ohne besondere Regelung ist die Kürzung des Weihnachtsgeldes oder sonstiger Gratifikationen eines sich in der Elternzeit befindlichen Mitarbeiters nicht möglich. Dies hat das Bundesarbeitsgericht kurz vor Weihnachten 2008 entschieden. Eine Mitarbeiterin ist nach dem Mutterschutz in die Elternzeit gegangen. Ihr Arbeitsvertrag sah ein Weihnachtsgeld als „freiwillige soziale Leistung“ vor. Alle Mitarbeiter haben dann diese Gratifikation erhalten, nur diese Mitarbeiterin mit Hinweis auf die Elternzeit nicht.

Das sah das BAG allerdings als sachfremde Erwägung an. Der Arbeitsvertrag sah diesen Grund für eine Kürzung nicht vor. Will man einem Arbeitnehmer in der Elternzeit keine oder eine gekürzte Gratifikation zahlen, muss dieses im Arbeitsvertrag ausdrücklich vorgesehen und auch sachlich gerechtfertigt sein.

ARGE als GbR oder oHG ?

BGH; Beschluss vom 21.01.2009; Xa ARZ 273/08

Auf vielen Baustellen ist es bundesweit zu lesen: Ausführendes Unternehmen ist die Arge… Verschiedene Baufirmen schließen sich projektbezogen zu einer ARGE zusammen und bieten dann gemeinsam ihre Dienste für große Vorhaben an.

Dabei ist umstritten, welches rechtliche Konstrukt einer solchen Bau-ARGE zu Grunde liegt. Der Bundesgerichtshof hat jetzt den Grundsatz bestätigt, dass eine Bau-ARGE regelmäßig eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) ist. Sie ist damit nicht ein „Kaufmann“, was zum Beispiel bei der Wirksamkeit von Gerichtstandsvereinbarungen mit den Auftraggebern von erheblicher Bedeutung ist.

Kein einseitiger Kündigungsausschluss in AGB

BGH; Urteil vom 19.11.2008; VIII ZR 30/08

Ein einseitiger, formularvertraglicher Kündigungsverzicht des Mieters ist außerhalb einer wirksamen Staffelmietvereinbarung oder eines wirksamen Zeitmietvertrags nicht möglich. Dies hat der Bundesgerichtshof klargestellt.

In einem Formularmietvertrag hatten die Parteien vereinbart, dass „der Mieter auf sein ordentliches Kündigungsrecht ein Jahr lang, ab Mietbeginn, verzichtet…“. Die Richter weisen darauf hin, dass ein individualrechtlich vereinbarter Kündigungsverzicht unter Umständen anders zu beurteilen ist. Gleiches gilt, wenn beide Seiten auf ihr Kündigungsrecht verzichten. Die Klausel in dem hier zu entscheidenden Fall benachteiligt jedoch den Mieter unangemessen. Der Vermieter muss die vorzeitige Kündigung akzeptieren.

Feuerwehr im Einsatz – wer zahlt?

VG Leipzig; Urteil vom 20.11.2008; 3 K 626/08

Einen zweijährigen Rechtsstreit mit der Verwaltung musste ein Bürger führen, dessen Kraftfahrzeug mitten in der Nacht ausbrannte. Unstreitig war Brandstiftung die Ursache für das Feuer. Die Stadt forderte von dem schon ohnehin geschädigten Bürger nun auch noch die Kosten für den Feuerwehreinsatz. Den Widerspruch wies die Behörde zurück.

Erst vor dem Verwaltungsgericht Leipzig fand der Bürger sein Recht. Die entsprechenden landesrechtlichen Vorschriften sehen vor, dass die Kosten für einen Feuerwehreinsatz zu ersetzen sind, wenn die Gefahr oder der Schaden beim Betrieb eines Kraftfahrzeugs entstanden sind. Der von unbekannten Dritten nachts gelegte Brand an dem geparkten PKW ist auch nach Auffassung des Gerichts nicht mehr als „beim Betrieb eines Kraftfahrzeugs entstanden“ anzusehen. Hier gilt vielmehr der Grundsatz, dass Einsätze zur Brandbekämpfung grundsätzlich unentgeltlich sind.

Neue Regelungen bei der Kurzarbeit

Seit dem 1. Februar 2009 gelten die neuen Regelungen des Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland zur Kurzarbeit. Die Regelungen sind bis zum 31.12.2010 befristet.
Vielen Arbeitgebern, so die Dresdner Fachanwältin für Arbeitsrecht Dr. Andrea Benkendorff von der Deutschen Anwalts- und Steuerberatervereinigung für die mittelständische Wirtschaft, sind die neuen Regelungen jedoch immer noch nicht bekannt.
So werden Arbeitgebern auf Antrag 50 Prozent der von ihnen allein zu tragenden Sozialversicherungsbeiträge während des Bezuges von Kurzarbeitergeld erstattet. Bei Qualifizierung des Arbeitnehmers während der Kurzarbeit können 100 Prozent der Sozialversicherungsbeiträge erstattet werden. Berücksichtigungsfähig sind alle beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen, die mit öffentlichen Mitteln gefördert werden. Nicht öffentlich geförderte Qualifizierungsmaßnahmen seien berücksichtigungsfähig, wenn ihre Durchführung weder im ausschließlichen oder erkennbar überwiegenden Interesse des Unternehmens liege noch der Arbeitgeber gesetzlich zur Durchführung verpflichtet sei.

Auch die Mindesterfordernisse eines unvermeidbaren erheblichen Arbeitsausfalles werden vereinfacht, so Benkendorff. Kurzarbeitergeld kann bereits dann beantragt werden, wenn ein Arbeitnehmer einen über 10 Prozent hinausgehenden Bruttoarbeitsentgeltausfall hat. Auch der Aufbau für Minusstunden auf dem Arbeitszeitkonto für die Vermeidung des Arbeitsausfalls sei nicht mehr erforderlich.

Bei vorangehenden kollektivrechtlichen Beschäftigungssicherungsvereinbarungen wird verhindert, dass sich diese negativ auf die Bemessung des Kurzarbeitergeldes auswirken. Die Bemessung des Kurzarbeitergeldes bemisst sich nach dem Arbeitsentgelt, das der Arbeitnehmer ohne die Vereinbarung zur Beschäftigungssicherung verdient hätte.

Diese Regelungen gelten auch für die Saison-Kurzarbeit. Neu sei außerdem, dass auch Leiharbeitnehmer beim Entleiher Kurzarbeitergeld beziehen dürfen. Die Kurzarbeit werde damit für Unternehmen attraktiver gestaltet, um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden, betont Benkendorff.

A M
ARBEIT DURCH MANAGEMENT / PATENMODELL
PROJEKT JOBBRÜCKE

Werden Sie Jobpate oder Integrationspate! Helfen Sie Menschen mit einem Handicap (mit einem anerkannten Grad der Schwerbehinderung oder ihnen Gleichgestellte) professionell bei der Arbeitssuche!

Seit 2005 gibt es das durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales geförderte Projekt **„Arbeit durch Management/PATENMODELL – Die Jobbrücke“**. Im PATENMODELL werden Patenschaften zwischen Ihnen als ehrenamtlicher Führungskraft und Personalverantwortlichem und den Arbeitsuchenden vermittelt.

Als Jobpate unterstützen Sie direkt und individuell die Arbeitsuchenden. Sie helfen bei der Zielfindung, bei der Erstellung von Bewerbungsunterlagen und bereiten die Klienten auf Bewerbungsgespräche vor. Gemeinsam mit dem Arbeitsuchenden entwickeln Sie eine Bewerbungsstrategie und erarbeiten ein Profiling des persönlichen Arbeitsverhaltens und seiner Kompetenzen.
Als Integrationspate arbeiten Sie im Bereich der Arbeitgeber. Sie akquirieren Arbeitsplätze, informieren Arbeitgeber über Fördermöglichkeiten und stehen als Ansprechpartner zur Verfügung.

Sie finden unsere Koordinierungsstellen an folgenden Standorten: Kiel, Lübeck, Hamburg, Münster, Region Hannover/Hildesheim, Kassel, Magdeburg, Erfurt, Berlin, Region Rhein-Main, Metropolregion Nürnberg, München, Augsburg.

Wenn Sie Interesse haben, sich in einem von Ihnen selbst festgelegten Zeitrahmen an diesem ehrenamtlichen Projekt zu beteiligen, oder Sie möchten sich als Kooperationspartner zur Verfügung stellen, so wenden Sie sich bitte an unsere Geschäftsstelle oder unsere vor Ort ansässigen Koordinatoren.

Bundesgeschäftsstelle Jobbrücke
Diakonisches Werk
Paulsenstraße 55–56
12163 Berlin
jobbruecke@patenmodell.de

Sie finden uns unter **www.jobbruecke.patenmodell.de**

Arbeit durch Management/PATENMODELL
Kooperationsprojekt der Diakonie
Diakonie

BÜCHER

Jürgen Rüttgers
Eine Politische Biografie
Volker Kronenberg
Gebunden, 304 Seiten, 24,90 Euro
Olzog Verlag, ISBN 978-3-7892-8203-4

An ihm kommt auch in Berlin keiner mehr vorbei: In nur drei Jahren als nordrhein-westfälischer Ministerpräsident wurde Jürgen Rüttgers eine Schlüsselfigur der deutschen Politik. Als stellv. Bundesvorsitzender der CDU gilt er als potenzieller Nachfolger von Bundeskanzlerin Angela Merkel, erst recht dann, wenn Angela Merkel die Bundestagswahl 2009 mit einem schlechten Ergebnis abschließen und er die Landtagswahl in NRW gewinnen sollte...

Der Autor: Volker Kronenberg lehrt an der Universität Bonn und ist Akademischer Direktor am dortigen Institut für Politische Wissenschaften und Soziologie

TaschenGuide
Broschüren, 256 Seiten, 6,90 Euro
Rudolf Haufe Verlag
ISBN 978-3-448-09092-5

Die beliebte Taschenbuchreihe „Taschen Guide“ aus dem Haufe Verlag bietet drei interessante Neuerscheinungen. „Kennzahlen“ bietet eine leicht verständliche Einführung in die Welt der Kennzahlen und erklärt an vielen Beispielen, wo und wie sie anzuwenden sind. „Small Talk“ bietet Tipps für den Gesprächseinstieg und einen Trainingsteil zur praktischen Vorbereitung, auch für kritische Situationen. „Rhetorik“ lehrt, sprachlich zu überzeugen und auch bei Einwänden oder Schwierigkeiten souverän zu bleiben.

Das Diäten-Hasser-Buch
Margit Schönberger
Gebunden
Knaur Verlag

Von Tucholsky stammt die Erkenntnis „Dick sein ist eine Weltanschauung!“. Unter diesem Motto packt die Autorin das Thema mit Power und Sachverstand „von der anderen Seite“ an. Sie sammelte Tipps und Tricks, die Schwergewichtige leichter leben lassen, warnt vor unnützen und schädlichen Diäten, geht Vorurteilen gegenüber Dicken auf den Grund und erobert rundlichen Frauen das Selbstbewusstsein zurück. Schluss mit Frust und mit dem Neid auf die Superschlanken!

Best Caller
Berger/ Rinner
Gebunden, 206 Seiten, 29,90 Euro
Orell Füssli, ISBN 978-3-280-05300-3

Professionelles Telefonieren will gelernt sein. In leicht verständlicher Form vermitteln die Autoren die Grundlagen des erfolgreichen Telefonierens, von der aktiven Gesprächsaufnahme bis zum Cross Selling. Grundsätzliche Kommunikationsregeln und Fragen der Arbeitsgestaltung, Verkaufstipps und Trainingsanleitungen werden ebenso ausführlich behandelt wie psychologisches Hintergrundwissen. Der klare Aufbau des Buches und die zahlreichen Übungen sorgen für leichte Umsetzbarkeit.

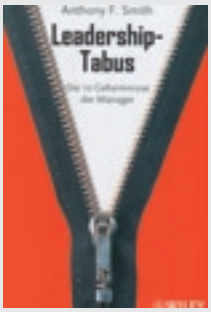
Vom Geschäftsprozess zum Workflow
Freund/ Götzer
Gebunden, 317 Seiten, 49,90 Euro

Aus der Praxis für die Praxis – dies ist der Ansatz, mit dem die Autoren einen Überblick über alle Phasen der Geschäftsprozessorganisation geben. Der Leser erhält einen konkreten Leitfaden, mit dem Geschäftsprozesse bedarfs- und zielgerecht gestaltet werden können. Das Buch ist eine Handlungsempfehlung für konkret umrissene Situationen.

Wie das Krokodil auf’s T-Shirt kam
Roland Leonhardt
Halbleinen, 80 Seiten, 14,95 Euro
Cornelsen, ISBN 978-3-589-23476-9

60 Geschichten und Anekdoten hat der Autor zusammengetragen. Sie beschreiben Unternehmerpersönlichkeiten von Benjamin Franklin (Blitzableiter) bis Harald Riegel, Bonn (Haribo). Das Bändchen zeigt auf unterhaltsame Weise, wie sehr das Gelingen so mancher Geschäfts- und Produktidee von dem berühmten Quäntchen Glück abhängt.

Leadership-Tabus
A. Smith
Gebunden, 24,90 Euro
Wiley Verlag, ISBN 978-3-527-50348-3



Als Mitbegründer einer der führenden Management Beratungsfirmen zeigt der Autor in seinem Buch auf, was Spitzenleute in der Wirtschaft niemals in aller Öffentlichkeit zugeben könnten, ohne Macht, Job und Selbstachtung zu verlieren. Ein Lesegenuss, der mit viel zu lange aufrechterhaltenen Mythen über die perfekten Führungskräfte aufräumt und jedem Leser die schwierige Position des Chefs nahe bringt.

Der Halo-Effekt
Phil Rosenzweig
Geb. 280 Seiten, 24,90 Euro
Gabal Verlag, ISBN 978-3-89749-789-4

Die Zeit war reif für eine Studie über die so genannten Erfolgsstudien. Rosenzweig animiert zu weiteren Reflexionen und Publikationen. Zugleich hat er eine Diskussion angestoßen, die ganz am Anfang ihrer Entwicklung steht.

Alle Berater und Trainer, die basierend auf den Ge- und Verboten der Managementgurus deren Rezepte wiederkauen, sind gut beraten, einen genauen Blick in das Buch von Rosenzweig zu werfen. Manch einer wird das Buch wie einen Spiegel empfinden und über seine eigene Leichtgläubigkeit erschrocken sein. Unternehmer und Manager erkennen, dass es keinen Sinn macht, jeder neuen Mode hinterher zu laufen und stattdessen den eigenen Kopf gebrauchen.

MIT-Kandidaten für die Europawahl 2009

INSGESAMT 44 MITGLIEDER DER MIT UND DER MU TRETEN 2009 ALS KANDIDATEN FÜR DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT AN. DAVON STEHEN 28 KANDIDATEN AUF SEHR AUSSICHTSREICHEN PLÄTZEN DER JEWEILIGEN LANDESLISTEN. DIESE KANDIDATEN STELLEN WIR IHNEN VOR.

Baden-Württemberg

Rainer Wieland, MdEP

Listenplatz 1
Jahrgang 1957
Rechtsanwalt
Stellv. Vorsitzender des Rechtsausschusses und Mitglied im Petitionsausschuss des EP

Daniel Caspary, MdEP

Listenplatz 2
Jahrgang 1976
Technischer Diplomvolkswirt
Mitglied des Vorstands der Europäischen Volkspartei (EVP)

Dr. Andreas Schwab, MdEP

Listenplatz 3
Jahrgang 1973
Rechtsanwalt
Sprecher der EVP-ED-Fraktion im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

Dr. Thomas Ulmer, MdEP

Listenplatz 6
Jahrgang 1956
Arzt für Allgemeinmedizin
Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit im EP

Sebastian Beck

Listenplatz 7
Jahrgang 1982
Küfermeister

Berlin

Joachim Zeller

Listenplatz 1
Jahrgang 1952
Diplom-Sprachmittler
Stellv. Bezirksbürgermeister Berlin-Mitte

Brandenburg

Dr. Christian Ehler, MdEP

Listenplatz 1
Jahrgang 1963
Diplom-Volkswirt
MIT-Landesvorsitzender Brandenburg
Ausschuss für Wirtschaft und Währung im EP

Jesko von Samson

Listenplatz 2
Jahrgang 1974
Politischer Referent im Bundeskanzleramt
Landesvorsitzender der Paneuropa-Union Berlin-Brandenburg (PEU)

Hessen

Oda Scheibelhuber

Listenplatz 3
Jahrgang 1951
Rechtsanwältin

Gerd Robanus

Listenplatz 10
Jahrgang 1952
Projektentwickler
Mitglied im MIT-Bundesvorstand

Niedersachsen

Dr. Hans-Gert Pöttering, MdEP

Listenplatz 1
Jurist
Präsident des Europäischen Parlaments
Mitglied im Präsidium der Europäischen Volkspartei
Mitglied im Präsidium und im Bundesvorstand der CDU Deutschlands

Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl, MdEP

Listenplatz 2
Jahrgang 1947
Naturwissenschaftlerin
Mitglied des CDU-Bundesvorstands
Stellv. Vorsitzende des Ausschusses für internationalen Handel

Dr. Hans-Peter Mayer, MdEP

Listenplatz 3
Jahrgang 1944
Rechtsanwalt
Staatssekretär a. D. in Sachsen-Anhalt
Mitglied des Rechtsausschusses im EP

Burkhard Balz

Listenplatz 4
Jahrgang 1969
Bankkaufmann

MIT-Kandidaten für die Europawahl 2009

Nordrhein-Westfalen

Karl-Heinz Florenz, MdEP

Listenplatz 2
Jahrgang 1947
Kaufmann und Landwirtschaftsmeister;
Mitglied des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit undLebensmittelsicherheit im EP
Vorstandsmitglied der EVP-ED-Fraktion

Dr. Peter Liese, MdEP

Listenplatz 4
Jahrgang 1965
Arzt
Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des EP
Vors. der Arbeitsgruppe Bioethik der EVP-ED-Fraktion
Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe

Klaus-Heiner Lehne, MdEP

Listenplatz 5
Jahrgang 1957
Rechtsanwalt
Rechtspolitischer Sprecher der EVP-ED-Fraktion
Mitglied im Rechtsausschuss des EP

Dr. Markus Pieper, MdEP

Listenplatz 7
Jahrgang 1963
Diplom-Geograph
Mitglied im Ausschuss für regionale Entwicklung des EP

Axel Voss

Listenplatz 8
Jahrgang 1963
Rechtsanwalt und Dozent

Dr. Christoph Konrad, MdEP

Listenplatz 10
Jahrgang 1957
Kaufmann
Stellv. MIT-Landes-‘vorsitzender NRW
Vorsitzender der Europa-Kommission des MIT-Bundesvorstandes
Ausschuss für Wirtschaft und Währung im EP

Rheinland-Pfalz

Dr. Werner Langen, MdEP

Listenplatz 1
Jahrgang 1949
Diplom-Volkswirt
Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im EP
Mitglied im EVP-ED-Fraktions- und Parteivorstand

Kurt Lechner, MdEP

Listenplatz 2
Jahrgang 1942
Jurist
Mitglied des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz und des Rechtsausschuss des EP

Sachsen

Dr. Peter Jahr, MdB

Listenplatz 2
Jahrgang 1959
Diplomlandwirt
Tierschutzbeauftragter und Berichterstatter „Agrarpolitik Neue Länder“ der CDU/ CSU-Bundestagsfraktion

Sachsen-Anhalt

Dr. Horst Schnellhardt, MdEP

Listenplatz 1
Jahrgang 1946
Tierarzt
Mitglied des CDU-Bundesfachausschusses Europa
Vizepräsident der Europäischen Bewegung

Schleswig-Holstein

Reimer Böge, MdEP

Listenplatz 1
Jahrgang 1951
Diplom-Agraringenieur
Vorsitzender des Haushaltsausschusses des EP
Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im EP

Thüringen

Dr. Dieter-Lebrecht Koch, MdEP

Listenplatz 1
Jahrgang 1953
Diplom-Ingenieur
Mitglied im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
Vizepräsident der Interfraktionellen Gruppe „Behinderte Menschen“

Bayern

Markus Ferber, MdEP

Listenplatz 1
Jahrgang 1965
Diplom-Ingenieur
Landesvorsitzender der Europa Union Bayern
Vorsitzender der CSU-Europagruppe im EP

Manfred Weber, MdEP

Listenplatz 4
Jahrgang 1972
Diplom-Ingenieur (FH)
Innenpolitischer Sprecher der EVP-ED-Fraktion

Prof. Dr. Gerhard Waschler

Listenplatz 10
Jahrgang 1957
Studiendirektor a.D.
Leitender Akademischer Direktor am Sportzentrum der Universität Passau
CSU-Kreisvorsitzender und Stadtrat in der Stadt Passau

Starkes Europa – Starker Mittelstand

Zweiter und letzter Teil

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU hat sich in Vorbereitung auf die Europawahl am 7. Juni 2009 unter dem Motto „Starkes Europa – Starker Mittelstand“ auf europapolitische Wahlforderungen für den Mittelstand verständigt. Wir stellen Auszüge aus dem Beschluss vor.

Soziale Marktwirtschaft als Leitprinzip für Europa

Damit die Europäische Union international weiter wettbewerbsfähig bleibt und Deutschland von einem starken europäischen Wirtschaftsraum profitieren kann, müssen die Wachstumskräfte in der EU gestärkt werden. Dies gelingt nur, wenn die Soziale Marktwirtschaft das Leitprinzip europäischer Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ist. Die Soziale Marktwirtschaft ist die effektivste und gerechteste Wirtschaftsform.

Für Flexibilität und Sicherheit auf dem Europäischen Arbeitsmarkt

Bis heute behindern insbesondere strikte Kündigungsschutzbestimmungen in vielen EU-Mitgliedstaaten die Integration von jungen Menschen, Frauen und Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt. Europa benötigt moderne Arbeitsmarktverfassungen, die den notwendigen sozialen Schutz mit der erforderlichen Beweglichkeit und Flexibilität verbinden.

Mehr Wettbewerb in Europa

Deutschland und Europa verdanken ihre Wirtschaftskraft und ihren Wohlstand nicht zuletzt dem Freihandel und dem internationalen Wettbewerb. Wir lehnen Protektionismus ab, denn er verhindert Wohlstandszuwächse. Durch Marktöffnung und einen fairen Wettbewerb muss sich die heimische Wirtschaft mit den leistungsstärksten Anbietern weltweit messen. Damit gibt es Anreize zu ständigen Prozess- und Produktinnovationen sowie zur Verbesserung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit. Eine Öffnung für Handel und Kapital sowie internationaler Wettbewerb müssen jedoch unter fairen Bedingungen stattfinden.

Für einen stabilen Euro

Zehn Jahre Euro bedeuten Erfolg und Vertrauen in die Gemeinschaftswährung, die auch in der Krise stark geblieben ist. Gerade in der aktuellen globalen Finanzmarktkrise wären viele Volkswirtschaften ohne den Euro Währungsspekulationen ausgesetzt gewesen, was vor allem für ein exportorientiertes Land wie Deutschland unkalkulierbare Folgen gehabt hätte. Deutschland trägt als größte Volkswirtschaft in der EU eine besondere Verantwortung für einen starken Euro und für die wirtschaftliche Entwicklung in Europa. Daher muss es die Regeln zur Wirtschafts- und Währungsunion ohne Abstriche einhalten.

Chancen und Grenzen der EU-Erweiterung

Die EU-Erweiterung war ein großer politischer, wirtschaftlicher und kultureller Gewinn für die Europäische Union und die Menschen in Europa. Allerdings darf die Integrationskraft einer Rechtsordnung und von Institutionen nicht überfordert werden; sonst sind Schwächung und Auflösungstendenzen unausweichlich. Vor diesem Hintergrund fordern wir, dass die aktuellen Verhandlungen mit der Türkei fortgesetzt werden, aber nicht mehr auf einen EU-Beitritt, sondern auf eine privilegierte Partnerschaft mit der EU auszurichten sind. Einen EU-Beitritt der Türkei lehnen wir ab.

Europäische Energiepolitik

Die Europäische Union braucht eine gemeinsame europäische Energiepolitik, um ein einheitliches europäisches Auftreten sicher zu stellen und die Versorgungssicherheit unserer Volkswirtschaft besser zu gewährleisten. Wir setzen uns für eine nachhaltige und widerspruchsfreie europäische und nationale Energiestrategie ein. Tragende Säulen dieser Strategie müssen eine sichere, kostengünstige, dezentrale und umweltverträgliche Energieversorgung, die Reduzierung der Treibhausgasemissionen, die Erhöhung der Energieeffizienz sowie ein ideologiefreier Energiemix sein.

Stärkere Verwendung der deutschen Sprache in der EU

Bei Folgenabschätzungen zu Rechtsakten wird oft nur die Zusammenfassung in allen Sprachen vorgelegt, die wesentlichen Angaben dagegen erfolgen ausschließlich in Englisch. Um eine bessere Transparenz und Verständlichkeit auch für die deutschsprachige Bevölkerung zu erreichen, soll die Verwendung der deutschen Sprache auf Europäischer Ebene gestärkt werden. Wir sprechen uns für eine, der Größe der deutschsprachigen Bevölkerungsgruppe in der Europäischen Union, angemessene Berücksichtigung und stärkere Verwendung der deutschen Sprache durch die Institutionen der Europäischen Union aus.

Jutta Leitherer im Amt bestätigt

Die Weichen für das Wahljahr 2009 stellte der Bezirksverband der Mittelstands-Union Unterfranken kürzlich in Würzburg. Bei den turnusgemäßen Neuwahlen wurde Jutta Leitherer (Schwebheim) im Amt bestätigt. Als Stellvertreter werden der langjährigen Bezirksvorsitzenden in den kommenden zwei Jahren Dr. Hans-Martin Blättner (Amorbach), Peter Götz (Kirchheim bei Würzburg), Herbert Raab (Goldbach) und Manfred Wolff (Wonfurt) zur Seite stehen.

Dr. Anja Weisgerber (links) und die Bezirksvorsitzende **Jutta Leitherer** rufen zur Unterstützung der CSU bei den Europawahlen auf.

In ihrem Rechenschaftsbericht nannte die Vorsitzende die Steuerpolitik und die Gesundheitsreform als Arbeitsschwerpunkte der vergangenen zwei Jahre. Darüber hinaus verlieh der Bezirksverband – wie schon in den Jahren zuvor – den höchst beliebten Preis für besonders innovative mittelständische Unternehmen. Unterstützend stellte sich die Versammlung hinter Michael Glos, der nach Aussage Leitherers „ein echter Mittelständler" sei und sich in seiner Zeit als Wirtschaftsminister vorbildlich für die Interessen des Mittelstandes eingesetzt habe. Gastrednerin der Versammlung war die unterfränkische Europaabgeordnete Dr. Anja Weisgerber, die in ihrer Rede die Wichtigkeit eines intensiven Austausches zwischen der europäischen Politik und Verbänden, Organisationen sowie den Wählern in Unterfranken hervorhob.

SPD gefährdet Lösung für Opel

Der Landesvorsitzende der Mittelstands-Union Dr. h. c. Hans Michelbach sieht einen Rettungsplan für Opel durch die fortwährenden SPD-Forderungen nach einer Staatsbeteiligung am angeschlagenen Automobilhersteller gefährdet. „Wir brauchen mehr Initiativen zur Gewinnung von Investoren, wenn Opel eine Zukunft haben soll. Das ständige Drängen der SPD auf eine Staatsbeteiligung erzeugt jedoch immer neue Zweifel, dass Opel eine Zukunft haben kann und gefährdet das Unternehmen zusätzlich", so Michelbach.

Michelbach begrüßte die Ergebnisse der USA-Reise von Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg. Der Minister habe mit der Zusage des Mutterkonzerns General Motors (GM), die Beteiligung an Opel im Rahmen einer europäischen Lösung für den Autobauer auf unter 50 Prozent herunterzufahren, eine entscheidende Weichenstellung für den Einstieg der Händlerorganisation und weiterer Investoren erreicht.

MU-Vorsitzender **Hans Michelbach**, MdB

„Das ist ein Beispiel für eine Wirtschaftspolitik, die sich an den Grundlinien der Sozialen Marktwirtschaft orientiert und die Marktkräfte stärkt. Das ist die Politik, die wir zur Überwindung der gegenwärtigen Wachstumsprobleme brauchen – und nicht eine SPD-Staatswirtschaftspolitik à la Müntefering, Scholz oder Steinmeier", betonte Michelbach. Er forderte die SPD auf, „ihre Querschüsse endlich einzustellen und eine Lösung für Opel nicht weiter zu behindern". Gleichzeitig stellte Michelbach klar, dass direkte Staatshilfe für Opel nur in Form von Bürgschaften geleistet werden dürfe.

„Wie viele Gutmenschen verträgt das Land?"

Diese Frage stellte die Mittelstands-Union München dem Europaabgeordneten Bernd Posselt. Anlass für die Themenstellung war nach Aussage des Münchner MU-Vorsitzenden Thomas Schmatz die Tatsache, dass Bernd Posselt, der auch Vorsitzender der Sudentendeutschen Landsmannschaft ist, in der Vergangenheit gegen den Mainstream seine Meinung öffentlich geäußert habe. Bernd Posselt stellte heraus, dass dies nichts mit Mut zu tun habe. „Mut haben die Gegner des Nationalsozialismus und Kommunismus bewiesen, die für Ihre klare Meinung ihr Leben riskiert oder Jahre im Gulag verbracht haben", so Posselt.

Posselt kritisierte, dass in der heutigen „Hysteriegesellschaft" zunehmend Begriffe neu und uminterpretiert würden. So werde politisch rechts mit rechtsextrem gleichgesetzt, während sogar linksextrem noch fast als demokratisch angesehen würde. Es sei daher notwendig, dass sich auch Konservative verstärkt offen in die politische Diskussion einmischen. Dazu gehöre es auch, dass zum Durchsetzen konservativer Ideen Nichtregierungsorganisationen in diesem Spektrum ihre Arbeit weiter intensivieren müssten. Die Antwort auf die Frage des Themas beantwortete Posselt zum Schluss eindeutig: „Man braucht keine Gutmenschen, zu keiner Zeit."

Berndt Posselt, *MdEP*

Droht dem Mittelstand Kreditklemme?

Auf großes Interesse stieß eine Veranstaltung des Erlanger Kreisverbands der Mittelstands-Union. Dr. Peter Buchmann, Vorstandsvorsitzender der Stadt- und Kreissparkasse Erlangen, sprach zu dem brisanten Thema "Von der Finanz- zur Wirtschaftskrise – droht dem Mittelstand eine Kreditklemme?"

MU-Kreisvorsitzender Christian Nowak konnte eine Vielzahl von – auch jungen – Unternehmerinnen und Unternehmern begrüßen. Er stellte heraus, dass von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise viele mittelständische Unternehmen – und nicht nur die Automobilzulieferer – ungleich stärker betroffen seien als die Konzerne. Die kostengünstige Finanzmittelbeschaffung für notwendige Zukunftsinvestitionen und die Überbrückung des sich abzeichnenden konjunkturellen Tiefs seien auch für den Mittelstand existenziell geworden. Deshalb dankte er dem Referenten für sein Kommen und Impulsreferat, von dem man sich Lösungen für die Zukunft erwarte. Nach einer eingehenden und offenen Analyse der Vorgänge, die zu dieser Krise führten, zeigte Dr. Buchmann verschiedene Möglichkeiten zum Gegensteuern auf. Er gab aber zu bedenken, dass nach den Vorkommnissen der letzten Monate die Geldgeber vorsichtiger geworden sind. Für spekulative Geschäfte, die mit hohem Risiko behaftet sind, dürfe in Zukunft kein Platz mehr sein. Eine Kreditklemme für Mittelständler, die zum Kundenkreis der Sparkasse zählen, gebe es nicht. Mittelständler mit Erfolg versprechenden Geschäftsstrategien und schlüssigen Geschäftsmodellen würden auch weiterhin Kredite bekommen.

Mittelständler in Erlangen diskutierten über die drohende Kreditklemme.

Konjunkturpaket II - eine Chance für die lokale Wirtschaft

Die MIT Berlin Wuhletal bot MIT-Mitgliedern und interessierten Mittelständlern der Region einen Informationsabend zum Konjunkturpaket II der Bundesregierung. Als Gesprächspartner standen den Gästen die Bezirksstadträte Stephan Richter und Christian Gräff zur Verfügung. Die Stadträte wiesen die Teilnehmer auf die bald beginnenden Ausschreibungen der aus den Bundes- sowie Landesmitteln finanzierten Aufträge mit dem Schwerpunkt Schule und Energieeffizienz hin. Sie erklärten den Ablauf des Vergabeverfahrens und die Einteilung der zu vergebenden Lose. Der MIT-Kreisvorsitzende Alexander Herrmann betonte die MIT-Forderung, dass vor allem lokale Unternehmen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten vorrangig einbezogen werden sollten. Daher sollten bewusst auch kleinere Auftragsvolumina ausgeschrieben und so der örtlichen Unternehmerstruktur ausreichend Rechnung getragen werden.

„Der Mittelstand löst seine Probleme und schweigt in der Politik"

In Zeiten der Krise stellt man sich vielerorts die Frage, wie das verloren gegangene Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft wieder hergestellt werden kann. Der Kreisvorsitzende der MIT Mannheim, Bernd Kupfer, hatte zu diesem Gesprächsthema Dr. Manfred Lautenschläger eingeladen, den MLP-Gründer und heutigen Aufsichtsratsvorsitzenden des Heidelberger Finanzdienstleisters. Noch bevor sich die Finanzkrise abzeichnete, hatte Dr. Lautenschläger immer wieder das ethische Verhalten in der Wirtschaft zum Thema gemacht. „Die soziale Marktwirtschaft ist zuerst eine Werteordnung, erst dann eine Wirtschaftsordnung", zitiert er den Bundespräsidenten Horst Köhler. „Um das Vertrauen der Bevölkerung in das Wirtschaftssystem wieder herzustellen, sei der Mittelstand bestens geeignet", lobte der MLP-Gründer die vorbildlich aufgestellten mittelständischen Familienunternehmen. „Der Mittelstand löst seine Probleme selbst – nur in der Politik schweigt er meistens." Fazit der erfolgreichen Veranstaltung: Der Mittelstand muss seine Stimme noch stärker erheben, damit er wahrgenommen wird. Anderenfalls bliebe ihm immer nur die Rolle des Zahlmeisters.

Bernd Kupfer (l.) und **Dr. Manfred Lautenschläger** (r.) sind sich einig: Im Mittelstand ist die persönliche Glaubwürdigkeit des Unternehmers besonders sichtbar und ist damit Sinnbild der Sozialen Marktwirtschaft.

FÜNF MAL FÜNF BEI DER MIT

Manchmal kommt es vor, dass Unternehmen erst nach jahrelanger Nachbarschaft entdecken, dass sie eigentlich prima zusammenarbeiten könnten. Damit solche Erkenntnisse schon möglichst früh zu beiderseitigem Nutzen kommen, hat sich die Wedeler MIT auf die Fahnen geschrieben, Bekanntschaften zu forcieren. Beim Unternehmerfrühstücks der MIT Wedel erhalten fünf Unternehmer die Gelegenheit, sich und ihre Betriebe in jeweils fünf Minuten vorzustellen. Diesmal waren es ein Werbemittel-Unternehmen, ein Architekt, ein Weiterbildungszentrum, eine Fachanwältin und die Firma „Kochspaß". Die Ausrichter des nächsten Unternehmerfrühstücks stehen auch schon fest. Es wird das Team der Bundesagentur für Arbeit sein, das sich speziell um den Service für Unternehmer kümmert.

Mittelstandspolitik

Gute Nachrichten für schätzungsweise 1,5 Mio. Freiberufler und Unternehmer, die hierzulande freiwillig gesetzlich krankenversichert sind. Aufgrund der Gesundheitsreform 2007 können sie seit Jahresbeginn einen **Krankengeldanspruch** nur noch durch Abschluss eines separaten Wahltarifs ihrer Kasse oder eine private Zusatzversicherung erwerben. Im Gegenzug gilt für sie seither grundsätzlich der ermäßigte GKV-Beitragssatz. Für jüngere, gesunde Personen ist diese Möglichkeit durchaus attraktiv. Ältere sehen sich hingegen durch die risikogerechte Beitragskalkulation mit Zusatzbelastungen von im Einzelfall bis zu 400 Euro monatlich konfrontiert. Nach heftigen Protesten hat die Bundesregierung nun nachgebessert. Zum 1. August tritt eine Neuregelung in Kraft, die Selbstständigen gegen Zahlung des allgemeinen Beitragssatzes wieder den Zugang zum „gesetzlichen" Krankengeldanspruch ab der siebten Woche der Arbeitsunfähigkeit eröffnet.

Die Bundesregierung hat einen wesentlich überarbeiteten Entwurf für die seit langem erwartete Neufassung der Honorarverordnung für Architekten- und Ingenieurleistungen **(HOAI)** vorgelegt. Die Honorarfestsetzung soll künftig mit Hilfe des Baukostenberechnungsmodells erfolgen. Auch sind ein Bonus-Malus-System, der Wegfall verbindlicher Stundensätze und eine Beschränkung des Anwendungsbereichs auf Büros im Inland vorgesehen. Beratungsleistungen können frei vereinbart werden. Im Übrigen bleibt es bei den bisherigen Leistungsphasen sowie Tafelendwerten, die durchgängig um 10 Prozent angehoben werden. Die Novelle soll noch im Sommer verabschiedet werden.

Kleine und mittlere Unternehmen können ab sofort die kostenlose Software **„Zukunftscheck Mittelstand"** nutzen, um ihre Kommunikation mit Banken bei der Kreditvergabe zu erleichtern. Das benutzerfreundliche Tool wurde vom Fraunhofer Institut im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums entwickelt, um Geschäftsmodelle leichter darstellen und bewerten zu können.
CD-Bestellung: Tel. 030-18 615 41 71
Download: http://www.akwissensbilanz.org/zukunftscheck.htm

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) verlangt weitere nachhaltig wirkende Maßnahmen zur Stärkung der Liquidität seiner Betriebe in der Wirtschaftskrise. Neben verbessertem Zugang zu Fremd- sei auch der Aufbau von Eigenkapital wichtig. Konkret schlägt die Kammerorganisation eine Ausweitung der so genannten **„Ist-Besteuerung"** vor. Denn angesichts nachlassender Zahlungsmoral würde die Vorfinanzierung zugunsten der Staatskasse zunehmend ein Problem. Unternehmen können derzeit die Umsatzsteuer auf Antrag statt zum üblichen Zeitpunkt der Leistungserbringung auch erst nach tatsächlichem Zahlungseingang abführen, sofern ihr Vorjahresgesamtumsatz nicht mehr als 250.000 Euro beträgt. Für Ostdeutschland gilt seit 1996 sogar eine Schwelle von 500.000 Euro. Diese befristete Sonderregelung läuft jedoch zum 31.12.2009 aus. Der ZDH plädiert nun für eine einheitliche Grenze von 1 Million.

Forschungsministerin Annette Schavan (CDU) will die Vorschläge der regierungseigenen Expertenkommission für Forschung und Innovation (EFI) aufgreifen. Die Ökonomen empfehlen in ihrem aktuellen Gutachten einerseits eine generelle **steuerliche Förderung von FuE-Ausgaben**, die international weit verbreitet ist. Daneben schlagen sie nach dem Vorbild Frankreichs vor, auch in der Bundesrepublik den Status der „young innovative company" einzuführen. Im Nachbarland sind diese seit 2004 von den Sozialabgaben für wissenschaftliches Personal befreit und zahlen mehrere Jahre lang keine oder nur reduzierte Gewinn-, Gewerbe- und Grundsteuern, sofern sie mindestens 15 Prozent ihrer Ausgaben in die Forschung stecken und nicht mehr als 250 Mitarbeiter beschäftigen.

Die **„Europa-GmbH"** hat eine weitere Hürde genommen. Mit großer Mehrheit haben die Brüsseler Volksvertreter einen modifizierten Vorschlag der Kommission zur Schaffung der „Societas Privata Europaea (SPE)" angenommen. Die neue EU-weite Rechtsform soll mittelständischen Unternehmen ihre Geschäftstätigkeit im Binnenmarkt erleichtern. Bislang müssen diese in jedem Mitgliedsstaat kostspielig und zeitintensiv Tochterunternehmen nach nationalem Recht gründen. Für die neue SPE soll bei nachgewiesener Solvenz ein Mindestkapital von einem Euro ausreichen. Andernfalls erhöht es sich zwecks Gläubigerschutzes auf 8.000 Euro. Sie kann vom Unternehmer in einem Land seiner Wahl angemeldet werden. Die Publizität wird durch ein EU-Zentralregister sichergestellt.

Kleinstunternehmer und Selbstständige, die ihren Gewinn durch eine Einnahme-Überschuss-Rechnung anstelle einer Bilanz ermitteln, müssen dafür nicht den amtlichen Vordruck der Finanzämter verwenden. Das hat das Finanzgericht Münster entschieden (Az.: 6K2187/08), aber die Revision beim Bundesfinanzhof zugelassen (Az.: X R 18/09). Gegen die Einführung des **Formulars „EÜR"** vor vier Jahren gab es immer wieder Proteste von Wirtschafts- und Steuerberaterverbänden; die Finanzverwaltung räumte Schwierigkeiten damit ein. Den Münsteraner Richtern fehlte eine gesetzliche Grundlage für die Verwendungspflicht.

kss

WWW.MIT-WERBEMITTEL.de

Schwung holen für Ihren Verband:

MIT-eShop Werbemittel

www.mit-werbemittel.de

MIT-Hemd Damen oder Herren
Modisch taillliertes mit MIT - Logo besticktes Damen-oder Herren-Hemd aus 97 % Baumwolle und 3 % Elasthan, Stretchmaterial für bessere Passform + Tragekomfort, äußerst pflegeleicht, Sieben-Knopf-Leiste, eleganter halb ausgestellter Kragen
Größe: S-XXL; Artikel: T 001-Mann oder Frau

Farb-Wahl ✔ ❑ ❑ ❑ ■ □ ■ 28,00€

Menge M: _____ Größe: _____
Menge F: _____ Größe: _____

MIT-Crew Jacke
Wasserrdichte Jacke für den MIT Außeneinsatz aus 100% Polyester Mikrofaser mit PU Beschichtung, Netzfutter, verdeckter Reißverschluss, Stehkragen mit Kapuze, Ärmel mit Klettverschluss, Pattentasche, Innentasche und Handytasche. Mit dezentem MIT Logo auf der Vorderseite. Größe: S-XXL
Artikelnummer: T 003

Farb-Wahl ✔ ❑ ❑ ❑ ■ ■ ■ 49,00€

Menge: _____ Größe: _____

MIT-Polo heavy wight
Polo mit MIT-Stick: 100 % gekämmtes, ringgesponnenes Micro-Baumwollpiqué. Dreiknopfleiste mit farblich abgestimmten Knöpfen, Flachstrick-Kragen und -Unterkragen, breite Doppelnaht an Bund und Ärmeln, Seitenschlitze. Spezielle Damenpolos auf Anfrage; Größe: XS-4XL ,
Artikelnummer: T 004

Farb-Wahl ✔ ❑ ❑ ❑ ❑ ■ ■ □ ■ 21,00€

Menge: _____ Größe: _____

MIT-Pin
20x8 mm, mit 4-farb-Motiv: Logo MIT+Flagge im Offsetdruck auf Stahl, Schmetterlingsverschluss, Epoxy-Versiegelung.
Preis per Stück / Verkaufseinheit 10 Stück
Artikelnummer: W 007

0,55€

Menge / VE: _____

MIT Kugelschreiber ICY
Icy - transparent mit 2-farbigem Aufdruck MIT, großvolumiges Gehäuse, markante Profilrillen am Drücker, schwarz schreibend.
Preis per Stück / Verkaufseinheit 10 Stück
Artikelnummer: W 004

Farb-Wahl ✔ ❑ ❑ ❑ ■ ■ ■ 0,35€

Menge / VE: _____

Aufkleberbogen
17 MIT-Aufkleber in verschiedenen Farben, Formen und Größen. Innen und außen verwendbar.
Preis für 1 Bogen
Artikelnummer: W 001

2,90€

Menge: _____

MIT-Soft-Cap
Mit MIT-Stick in schwarz mit roter Ziernaht am Schirm. Hochwertiges 6 Panel Cap aus 100% Heavy Brushed Cotton.
Der Low Profile Schnitt und sechs gestickte Luftlöcher sorgen für einen modernen Look. Mit größenverstellbarem Stoffverschluss für perfekten Sitz.
Artikelnummer: T 008

Farb-Wahl ✔ ❑ ❑ ❑ ■ ■ ■ 9,50€

Menge: _____

MIT-Soft-Shell-Jacke
Atmungsaktives, dreilagiges Soft-Shell Material aus 92% Polyester und 8% Elasthan, mit MIT-Stick. Wind- und wasserabweisend mit weichem Griff und komfortablem Schnitt für viel Bewegungsfreiheit.
Größe: XS-XXL
Artikelnummer: T 009 Mann oder Frau

Farb-Wahl ✔ ❑ ❑ ❑ ❑ ■ ■ □ ■ 59,00€

Menge M: _____ Größe: _____
Menge F: _____ Größe: _____

MIT-Triangelrucksack
MIT-bestickter Rucksack mit RV-Haupt- und Vorfach, gepolsterter Rücken und Umhängegurt mit Klettverschluss und abnehmbarer Handytasche, 600D Nylon.
Maße ca. 47,5 x 34 x 15 cm,
Artikelnummer: T 010

Farb-Wahl ✔ ❑ ❑ ❑ ❑ ■ ■ □ ■ 16,50€

Menge: _____

MIT-Schlüsselbänder
Band schwarz › MIT-Logo silber
Band blau › MIT-Logo rot
Nylon, Karabiner 10 mm breit.
Preis per Stück / Verkaufseinheit 10 Stück
Artikelnummer: W 009 B oder S

Farb-Wahl ✔ ❑ ❑ ■ ■ 0,80€

Menge B / VE: ___ Menge S / VE: ____

Der Ludwig Erhard-Zitatenschatz
In diesem Taschenbuch wurden Zitate Erhards zusammengestellt. Ein Gesamtüberblick über das Ordnungsmodell „Soziale Marktwirtschaft" und über das Wirken von Erhard als Politiker; Artikelnummer: D 007

5,90€*

Menge: _____

MIT-Tischflagge - Standard
15 x 25 cm, 40 cm hoch, Holzfuß und Mast. Design: Blau mit Logo in weißer Schutzzone.
Verkaufseinheit 1 Flagge
Artikelnummer: C 004

10,00€

Menge: _____

Ihre Daten: ❑ Rückrufbitte ❑ Prospektanforderung

Name _____ Vorname _____

Straße _____ PLZ _____ Ort _____

Telefon _____ Telefax _____

MIT-Verband _____ Unterschrift _____

Info
Alle Preise inkl. MwSt., zzgl. Versandkosten. Für alle Artikel auf diesem Bestellschein geben wir einen Rabatt von 10%. * Ausgenommen davon ist das Ludwig-Erhard Buch wegen der gesetzlichen Buchpreisbindung.

Gern besticken wir Ihnen Textilien (auch Caps) mit dem Zusatz ihres MIT-Verbandes oder an anderen Platzierungen. Bitte rufen Sie uns an.

Produktion+Versand
brandung³
Müggelseedamm 70
12587 Berlin

Tel.: 030 . 70 22 02 04
Fax: 030 . 70 22 02 05
E-Mail: kontakt@mit-werbemittel.de

Bestellschein bitte per Fax: **030 / 70 22 02 05** oder Post.

NAMEN SIND NACHRICHTEN

Jürgen Presser erhielt Verdienstorden

Der Ministerpräsident des Saarlandes, Peter Müller, verlieh dem stellvertretenden MIT-Bundesvorsitzenden, Jürgen Presser, den Saarländischen Verdienstorden. Damit wurden die besonderen Verdienste von Presser um das Saarland gewürdigt. Er setzt sich seit 1990 als MIT-Landesvorsitzender für eine mittelstandsorientierte Wirtschaftspolitik im Saarland ein. Für seine Verdienste um die Meisterschule wurde er bereits von der Handwerkskammer mit der goldenen Ehrennadel des saarländischen Handwerks ausgezeichnet. Von 1994 bis 2004 gehörte er dem saarländischen Landtag an, zuletzt als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses. Landtagspräsident Hans Ley überreichte Jürgen Presser den Saarländischen Verdienstorden.

Oswald Metzger ist neuer MIT-Streiter

Oswald Metzger (Foto rechts) konnte als neues Mitglied der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU geworben werden. Erfolgreich geworben haben ihn das MIT-Bundesvorstandsmitglied Eduard Freiheit und der MIT-Landesvorsitzende in Baden-Württemberg, Peter Ibbeken (Foto links). Bei einem Gedankenaustausch in Konstanz begrüßten Peter Ibbeken und MIT-Vorstandsmitglied in Konstanz, Renate Ibbeken (Foto Mitte), Oswald Metzger bei der MIT.

PKM Hessen

Die CDU-Landtagsabgeordnete Judith Lannert (Foto) wurde in der konstituierenden Sitzung des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) der hessischen CDU-Landtagsfraktion erneut als Vorsitzende bestätigt. Zu ihren Stellvertretern wurden der Sprecher des Arbeitskreises Wirtschaft, Dr. Walter Arnold und der Sprecher des Arbeitskreises für Umwelt und Energie, Peter Stephan, gewählt. Lannert, die seit Februar 2009 stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU ist, bringt als Unternehmerin praktische Erfahrung für diese Aufgabe mit. Seit 2005 engagiert sie sich zudem als stellvertretende Landesvorsitzende der MIT Hessen.

MIT Emmendingen

Die MIT Emmendingen hat Frank Herrigel zum neuen Vorsitzenden gewählt. Stellvertreterin ist weiterhin Brigitte Störrle. Schriftführer wurde Dr. Dieter Veith und neuer Schatzmeister wurde Lothar Boos. Zu Beisitzern des neuen Vorstandes wurden Ulrike Freyler, Sandra Kiefer, Marcel Schwehr MdL, Hartmut Ott, Rudolf Drescher, Martin Frey, Leopold Schätzle jun. und Heiner Engler gewählt.

Frank Herrigel (Mitte) mit dem neuen Vorstand der MIT Emmendingen

MIT Langenfeld

Der Landtagsabgeordnete Hans-Dieter Clauser bleibt Vorsitzender der Langenfelder MIT. Er wurde auf der Hauptversammlung mit 100 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. Mit ebenfalls besten Ergebnissen wurden Bernd Roller (stellvertretender Vorsitzender), Johannes Schmitt (Schatzmeister) und Siegfried Baudewin (stellvertretender Schatzmeister) in ihren Ämtern bestätigt. Komplettiert wird der geschäftsführende Vorstand durch den neuen Geschäftsführer Georg Loer. Als Beisitzer für den Vorstand wurden gewählt: Rüdiger Augustat, Sandra de Clerque, Siegfried Honert, Manfred Jung, Sebastian Klems, Helga Kohl, Karin Rohrbeck, Ingrid Schulz-Dobrick, Alois Waldner, Gregor Weil und Ingo Wupperfeld.

Neugründung der MIT Burgwedel

Michael Bartos (2.v.r.) heißt der Gründungsvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Burgwedel. **Hartmut Valentin** (2.v.l.) wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden und **Jörg Kruse** (r.) zum Schriftführer gewählt. In einer der nächsten Versammlungen soll der Vorstand komplettiert werden. Der CDU-Stadtverbandsvorsitzende **Heinrich Neddermeyer** (l.) und der MIT-Kreisvorsitzende Hannover-Land, **Wolfgang Stoltmann** (Mitte), gratulierten der MIT Burgwedel.

Soziale Marktwirtschaft als Leitbild aus der Krise

Mit einem Beschluss des Landesparteiausschusses hat die CDU Rheinland-Pfalz auf Antrag der MIT ihr klares Bekenntnis zum Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft bekräftigt. Das sechsseitige Positionspapier appelliert an alle politischen Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft, sich gerade in der aktuellen Krisensituation am Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft zu orientieren. Nach der Begründung durch den MIT-Landesvorsitzenden Josef Geyer erhielt der Antrag große Zustimmung. Im Vorfeld war es sogar gelungen, das Positionspapier mit der CDA Rheinland-Pfalz abzustimmen.

Das Positionspapier macht klar, dass es ist nicht Aufgabe des Staates ist, Wirtschaftsunternehmen und Banken zu betreiben. Staatliche Beteiligungen an Unternehmen dürften nur zeitgebunden und in seltenen Ausnahmefällen bestehen. Gewinne und Verluste müssen unternehmerisches Risiko bleiben und von den Unternehmen verantwortet werden. Zudem sollte der Staat zur Belebung der Konjunktur an erster Stelle Steuern und Abgaben senken, um die Kaufkraft der privaten Haushalte zu stärken und die Liquidität und Ertragskraft der Unternehmen zu stärken. Im Vordergrund sollten daher stehen, die Einkommensteuer zu reformieren, bei der Unternehmensteuer die Zinsschranke abzuschaffen und einen reduzierten Mehrwertsteuersatz auf haushaltsnahe Handwerks- und Dienstleistungen einzuführen.

NEUER INTERNETAUFTRITT DER MIT

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU hat ein neues Online-Gesicht. Seit kurzem ist der überarbeitete Internetauftritt der MIT unter **www.mittelstand-deutschland.de** im Netz. Die Benutzeroberfläche wurde modern und übersichtlich gestaltet. Neue Angebote, wie etwa Podcasts, stehen den Nutzern in Zukunft zur Verfügung. Auf einen Blick erhält man auf der Startseite Informationen zu den aktuellsten Neuigkeiten und Terminen. Mit einem einfachen Klick gelangt man zu den Pressemitteilungen, Beschlüssen des MIT-Bundesvorstandes und Service-Leistungen.

MIT Sachsen-Anhalt

Detlef Gürth bleibt MIT-Landesvorsitzender in Sachsen-Anhalt. Er wurde mit 94 Prozent erneut für zwei Jahre im Amt bestätigt. Als Stellvertreter wurden **Harald Kremer** und **Klaus-Dieter Weber** gewählt.

ANZEIGE

MIT zu Besuch in radiologischer Praxis

Auch ärztliche Praxen, wie etwa das MVZ-Zentrum für Radiologische und Nuklearmedizinische Diagnostik in Braunschweig, sind mittelständische Unternehmen. Die MIT Braunschweig hatte 50 Vertreter aus Mittelstand und Wirtschaft zu einem Besuch bei der radiologischen Praxis eingeladen. Die ärztliche Leiterin Dr. Verena Scholz führte die Gäste durch die Einrichtung. Die MIT Braunschweig gewann einen Einblick in die aktuellen Problemlagen: Im Gegensatz zu anderen freien mittelständischen Unternehmen wird der Umsatz sehr stark durch die Gesundheitspolitik bestimmt. Es ist durch Fallzahlen pro Arzt vorgegeben, wie viele Untersuchungen oder Behandlungen pro Quartal durchgeführt werden dürfen, eine höhere Zahl wird nur noch mit einem nicht kostendeckenden Wert vergütet. In keiner anderen Branche gibt es vergleichbare Schwankungen.

Ein Blick in die Röhre: MIT Braunschweig erhält Einblick in eine radiologische Praxis.

Frühjahrsempfang im Achteck

Zum traditionellen Frühjahrsempfang der MIT Schwerin konnte der Kreisvorsitzende Ralf Melzer über 100 Gäste aus Wirtschaft und Politik in der Diskothek Achteck empfangen. In seiner Eröffnungsrede betonte Melzer die Verantwortung der Wähler, im Superwahljahr an die Urnen zu gehen und besonders der rechtsextremen NPD eine klare Abfuhr zu erteilen. Außerdem rief er die Unternehmer dazu auf, sich aktiv in die bevorstehenden Wahlkämpfe einzubringen. Ziel der MIT ist es, dass mehr Unternehmer politische Verantwortung übernehmen und in die Parlamente einziehen. Viele Gäste nutzten im Verlauf des Abends die Gelegenheit, mit dem Bundestagskandidaten Dietrich Monstadt und den Spitzenkandidaten der CDU zur Kommunalwahl, Dorin Müthel-Brenncke, Gerd-Ulrich Tanneberger und Sebastian Ehlers, ins Gespräch zu kommen.

Verzahnung von Schule und Wirtschaft

Die Verzahnung zwischen Schule und Wirtschaft war das Thema beim Besuch der MIT Konstanz bei beruflichen Schulen in Singen. Der MIT-Kreisvorsitzende Peter Ibbeken, die CDU-Landtagsabgeordnete Veronika Netzhammer und interessierte MIT-Mitglieder informierten sich bei Schulleitern und Lehrern über das Angebot der Berufsschulen. Dabei wurde deutlich, dass die Innovationsfähigkeit der beruflichen Schulen viel zu wenig in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Nach Auffassung der MIT ist die Kooperation zwischen Berufsschule und Wirtschaft von großer Bedeutung. „Das ist zum einen wichtig, damit die jungen Leute nicht am Bedarf vorbei lernen, aber auch, damit wir Unternehmen wissen, was in der Schule läuft. Qualifikation ist der Wettbewerbsfaktor für die Firmen", erklärte Ibbeken.

Wertschöpfung durch strategisches Gesundheitsmanagement

Der demografische Wandel und die Verlängerung der Lebensarbeitszeit rücken die Frage der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer immer mehr in den Mittelpunkt. Die MIT Rheinland-Pfalz veranstaltete gemeinsam mit dem Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte (bdvb e.V) zu dieser Thematik die zweite gesundheitspolitische Fachtagung, an der maßgebliche Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik mitwirkten, darunter Prof. Dr. Josef Schmid (Universität Tübingen), Gerald Weiss MdB, Dr. Ulrike Roth (Arbeitsmedizinischer Dienst TÜV Rheinland) und Dr. Joachim Bischof (Leiter Gesundheitsmanagement BMW Group AG). Der MIT–Landesvorsitzende Josef A. Geyer machte vor rund 110 Zuhörern deutlich, dass vor allem die Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung neue Herausforderungen stellt.

Josef Geyer: Das Potenzial und die Erfahrung älterer Erwerbsfähiger müssen von Unternehmen noch stärker genutzt werden.

Demokratisierung in Westafrika unterstützen

Die Demokratie steht in vielen westafrikanischen Ländern im Gegensatz zur etablierten Demokratie in Deutschland noch am Anfang. Davon konnte sich eine fünfköpfige Delegation der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung im westafrikanischen Togo ein Bild machen. An der Delegationsreise nahmen MIT-Bundesvorstandsmitglied Frank Gotthardt, Harm Dierks (ehemaliger Repräsentant von Mercedes Benz in Westafrika), Astrid Jantz (politische Referentin der MIT), Günter Kohl (Chefredakteur des MittelstandsMagazins) und Torben Theis (Referent der Jungen Union Deutschlands) teil. Im Rahmen des Besuchs wurde die Delegation vom Staatspräsidenten Faure Gnassingbé und vom Premierminister Togos, Gilbert Fossoun Houngbo, empfangen. Im gemeinsamen Gespräch unterstrich Delegationsleiter Gotthardt: „Togo kann von Deutschland lernen, aber es muss letztlich ein afrikanischer Weg der Demokratie für das Land gefunden werden. Es wird nicht genügen, ein deutsches Konzept der Demokratisierung auf Togo zu übertragen." Ein besonderer Schwerpunkt der Reise war der Austausch mit Vertretern der CAR-Partei. Im Gespräch mit dem ehemaligen Premierminister und CAR-Ehrenvorsitzenden, Yaowi Agboyibo, sowie dem Parteivorsitzenden der CAR, Dodgi Apevon, wurde deutlich, dass die CAR-Partei für einen gewaltfreien demokratischen Wechsel in Togo, einen modernen Staat ohne Korruption und die Ausrichtung an einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung mit sozialem Ausgleich steht. Um die politische Arbeit zu unterstützen, beschloss der MIT-Bundesvorstand ein Positionspapier zur Stärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Westafrika und der Förderung der Partnerschaft mit der CAR-Partei. Als wesentlich wurde zudem betrachtet, die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und des Leiters der KAS-Außenstelle, David Robert, weiterhin nachhaltig zu stärken. *aj*

Die MIT-Delegation lernte auch das schwierige Leben in Togo kennen: Die heimische Bevölkerung erklärt Frank Gotthardt, wovon sich die Menschen in Togo ernähren.

MIT - Medienpreis „Mittelstand - 20 Jahre nach dem Mauerfall"

Unter diesem Motto schreibt die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) wieder ihren Preis aus, mit dem die Entwicklung des Mittelstandes unter dem Aspekt des Mauerfalls und der deutschen Einheit in der Öffentlichkeit hervorgehoben werden soll.

Der Preis ist dotiert mit 3.500 Euro.

Bewerber:
Um den Preis können sich Journalistinnen und Journalisten mit je einem deutschsprachigen Beitrag bewerben, der zwischen dem 1. Juni 2008 und dem 31. Mai 2009 veröffentlicht wurde (Print, Rundfunk und Online).

Beiträge:
Ausgezeichnet werden journalistische Arbeiten, die sich in besonderer Weise mit Problemen und Chancen mittelständischer Unternehmen im Hinblick auf den Mauerfall und die deutsche Einheit beschäftigen. Vor allem soll das Engagement von Unternehmensleitung und das innovative Potenzial kleiner und mittlerer Unternehmen zum Ausdruck kommen. Hierbei werden auch Portraits oder Biografien berücksichtigt.

Jury:
Über die Preisvergabe entscheidet eine Jury aus erfahrenen Journalisten und Mittelständlern. Die Preisverleihung findet im Herbst 2009 statt.

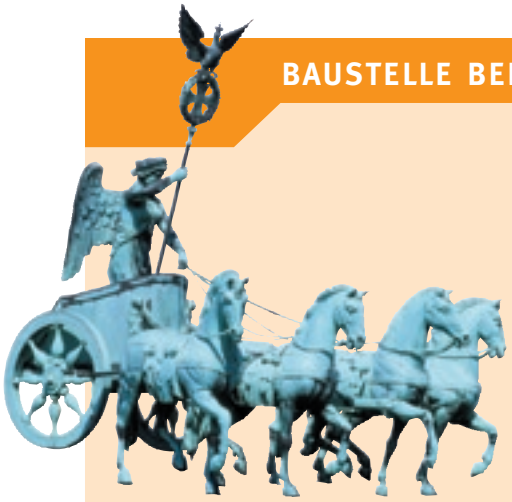
Einsendeschluss: 15. Juni 2009

Bitte senden Sie Ihre Unterlagen an:

MIT MITTELSTANDS- UND WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG DER CDU/CSU

z.H. Hauptgeschäftsführer
Hans-Dieter Lehnen
Charitéstraße 5
10117 Berlin-Mitte

Internet: www.mittelstand-deutschland.de



BAUSTELLE BERLIN

Liebe MIT-Streiter,

am 7. Juni ist Europawahl – und kaum jemand interessiert sich dafür. Leider. Gerade mal ein Drittel der wahlberechtigten Europäer will zur Wahl gehen, in Deutschland haben die Demoskopen 38 Prozent Wahlwillige ausgemacht. Vor fünf Jahren waren es europaweit noch 54,3 Prozent. Leider nimm das Interesse an dieser Wahl seit Jahren im gleichen Maße ab wie die Bedeutung und Kompetenz des Parlaments zunimmt. Unser MIT-Streiter Hans-Gert Pöttering, Präsident des Europaparlaments, hat großen Anteil daran, dass Europas Stimme in der Welt Gewicht hat. Aber zu Hause? Zu Hause in Europa ergeht es den Parlamentariern wie dem Propheten im eigenen Lande. Ob da eine höhere Präsenz in den „Wahlkreisen", die es ja bei einer Europawahl in Wahrheit gar nicht gibt, hilfreich sein kann? Wenig hilfreich, das Interesse an dieser Wahl zu wecken, ist jedenfalls der Stimmzettel im Bundesland Berlin: Er ist fast einen Meter lang und verzeichnet 31 Parteien und Gruppierungen, die zur Wahl antreten...

Die Union hat bei dieser Wahl doppelten Grund zur Sorge: erstens war das Ergebnis von 2004 zur Endzeit der Regierung Schröder mit 44,5 % (CDU 36,5, CSU 8 %) uneinholbar gut und zweitens muss die CSU, auf ganz Deutschland bezogen, die 5-Prozent-Hürde schaffen. Da wartet noch ein großes Stück (Überzeugungs-) Arbeit!

Wo wir gerade bei Umfragen sind: SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier lotet in diesen Zeiten demoskopische Untiefen aus. Jene 22 %, die Forsa Mitte April für ihn maß, bedeuten Minusrekord, während sich die Kanzlerin mit 51 % weiter im Höhenflug befindet. Doch leider werden Kanzlerinnen in Deutschland nicht direkt, sondern von der Mehrheit des Bundestages gewählt. Die steht derzeit zwar mit 35 (CDU) plus 16 (FDP), aber angesichts eines Anteils von 30 % unentschlossenen Wählern ist dies reichlich knapp. Ach was stünde die Union gut da, wenn es gelingen könnte den Wählern klarzumachen, dass Angela Merkel der CDU angehört und nicht einer Partei die „Große Koalition" heißt!

Kennen Sie Prof. Dr. Norman Paech? Na gut, dass ist Ihr Pech, wahrscheinlich aber mehr Ihr Glück, denn der 71-jährige Norddeutsche Bundestagsabgeordnete ist ein Fall für das Rotbuch des Bundes der Steuerzahler. Der außenpolitische Sprecher der Fraktion Die Linke war vom 7. bis 15. April in Afghanistan, wo er am 12. April seinen Geburtstag verbrachte. In seiner Begleitung: neun Personenschützer des Bundeskriminalamtes. Seine Entourage blockierte für diese Zeit zwei Drittel der gepanzerten Fahrzeuge der Deutschen Botschaft. Nun fragt man sich: Was will so ein Bundeswehr-Gegner dort? Sich auf Steuerzahlerkosten seine Antihaltung bestätigen lassen? Seinen Geburtstag auf einem Abenteuertrip der besonderen Art begehen? In einer Gesellschaftsordnung, für die der Herr Professor eintritt, wäre so was nicht möglich. Manchmal kann man halt an der Demokratie (ver) zweifeln.

baustelle@mittelstand-deutschland.de

DER AUTOR

Hier schreibt MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen

IMPRESSUM

Herausgeber
Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann und den Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen, Charitéstraße 5, 10117 Berlin

Verlag und Redaktion
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
Telefax: 04305 / 992 993
E-Mail: info@mitmagazin.com
www.mitmagazin.com

Chefredakteur
Günter F. Kohl (G.K.)
E-Mail: gk@mitmagazin.com

Parlamentsredaktion
Karl-Sebastian Schulte (kss)
Telefon: 0 30/75 70 91 70, Telefax: 03212 / 103 39 25
E-Mail: kss@mitmagazin.com

MIT-Inside
Astrid Jantz (aj)
Telefon: 0 30/22 07 98-16, Telefax: 22 07 98-22
E-Mail: jantz@mittelstand-deutschland.de

Redaktion Recht
Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar
rechtsfragen@mitmagazin.com

Titelfoto
Hotelverband Deutschland

Anzeigen
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee
Brigitte Kohl
Telefon: 04305 / 992 995, Fax 04305 / 992 993
E-Mail: bk@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf
Nielsen II, V, VII
Verlagsvertretung Getz,
Telefon: 02205 /8 61 79, Fax 02205 /8 56 09
Nielsen III a, III b, IV
S&K Medienvertretung, Peter Seuß,
Telefon: 06261 / 92 340, Fax 06261 / 92 34 20
Nielsen I, VI
MSM Medienservice Meins,
Telefon: 04102 / 3 15 78 , Fax 04102 / 3 15 38
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. 1. 2008

Satz und Layout
Walter Katofsky, Kiel
Telefon: 0431 / 54 22 44, Telefax: 0431/ 260 35 66
E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck
Evers-Druck GmbH
Ernst-Günter-Albers-Straße, 25704 Meldorf

Bezugsbedingungen
MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich. Der Jahresbezugspreis beträgt 40,– € incl. 7 % Mehrwertsteuer.
Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich.
Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadensersatz.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Gewähr. Von Rückfragen bitten wir abzusehen.

ISSN 0932-3325

Copyright für den gesamten Inhalt: GK Mittelstands Magazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.

Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

IVW geprüft

Leserreise

Kreuzfahrt mit dem 3-Sterne-plus-Schiff COLUMBUS entlang der historischen Ostseeküste*

vom 25. Mai bis 6. Juni 2009

* lt. Berlitz Cruise Guide 2008

Cuxhaven • Sassnitz/Rügen • Danzig/Polen • Stockholm/Schweden • Helsinki/Finnland • St. Petersburg/Russland • Tallinn/Estland • Klaipeda/Litauen • Roenne (Bornholm)/Dänemark • Kiel

Idyllisches, Prächtiges und Romantisches erleben Sie auf dieser Kreuzfahrt auf der Ostsee. Während der Passage durch den Nord-Ostsee-Kanal stimmen Sie sich mit dem Blick auf die norddeutschen Uferlandschaften auf die bevorstehenden Höhepunkte der Reise ein.
Schon von Weitem grüßen die weißen Kreidefelsen der Insel Rügen, die Caspar David Friedrich in seinen Gemälden verewigte. Auch Danzig mit seinen liebevoll restaurierten Patrizierhäusern ist ein wahres Schmuckstück. Nachdem Sie den beiden nordischen Hauptstädten Stockholm und Helsinki Ihre Aufwartung gemacht haben, empfängt St. Petersburg Sie mit all seiner glänzenden Pracht. Goldblitzende Türme, herrschaftliche Paläste und die unermesslichen Kunstschätze der Zarenzeit lassen Ihren Besuch zu einem unvergesslichen Erlebnis werden. Nach so viel majestätischem Prunk muten das mittelalterliche Tallinn sowie das litauische Klaipeda eher beschaulich, aber dadurch nicht weniger reizvoll an.
Kommen Sie an Bord und lassen Sie sich gefangen nehmen vom Charme der schönsten Ostseeperlen.

Frühbucherermäßigung in Höhe von € 50,– pro Person bei Buchung bis 15.11.2008

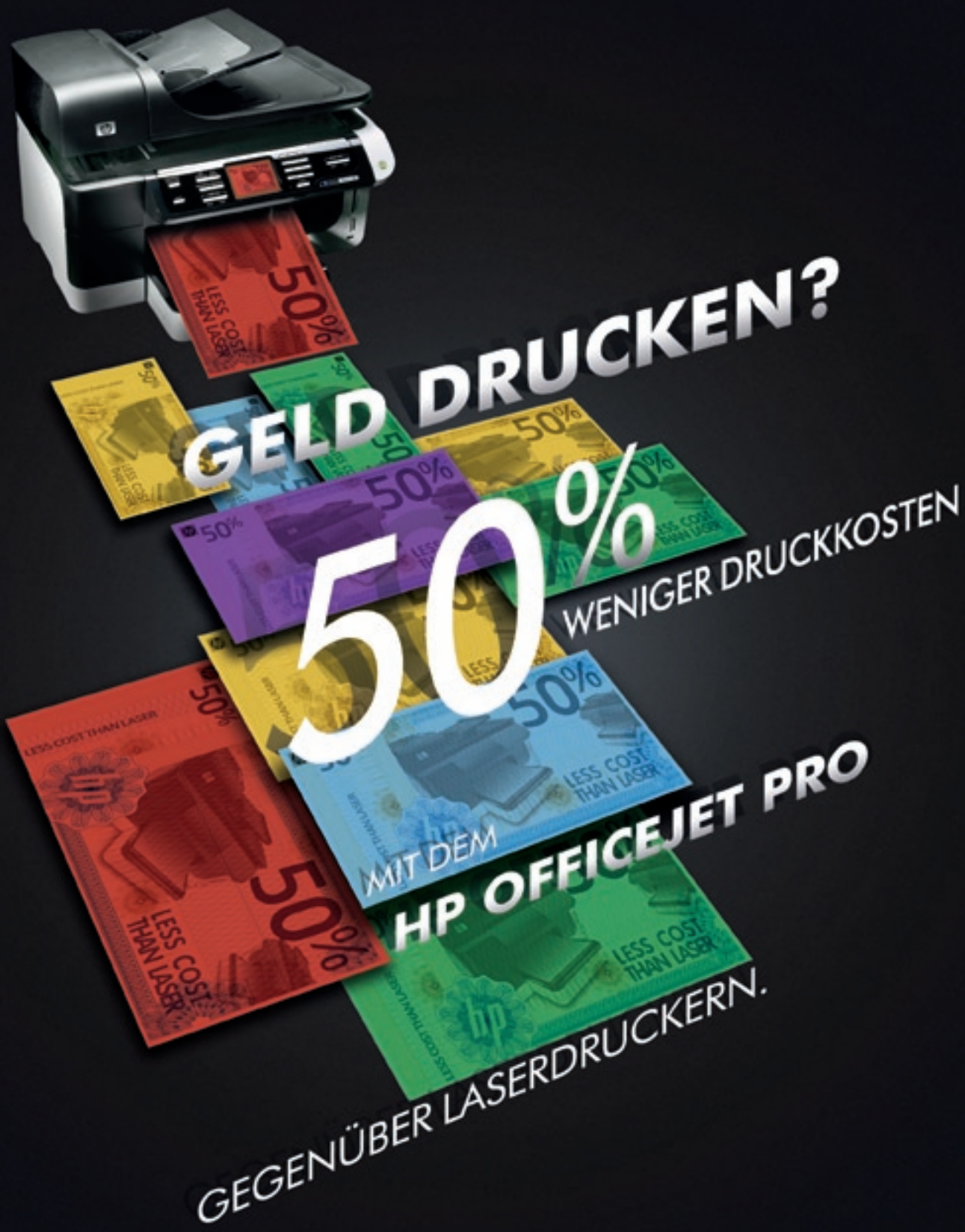
Enthaltene Leistungen:
• Kreuzfahrt in der gebuchten Kategorie • Derzeit geltender Treibstoffanteil • Hafengebühren • Vollpension an Bord • Tischwein und Softdrinks beim Abendessen • Vorträge und alle Veranstaltungen an Bord • Benutzung aller Bordeinrichtungen (außer Friseur und ähnliche Dienstleistungen), Föhn und Bademantel stehen zur Verfügung • Betreuung durch kompetente und erfahrene Reiseleiter während der Landausflüge • TUI LT Special Tours-Reiseleitung an Bord • Reiserücktrittskostenversicherung • Insolvenz-versicherung

Reisepreis pro Person ab Cuxhaven/bis Kiel

in einer Vierbettkabine zur Zweibettbenutzung, innen	ab **€ 2.514**
in einer Zweibettkabine, außen	ab **€ 3.114**

Gerne senden wir Ihnen kostenlos und unverbindlich unseren ausführlichen Prospekt zu.
Rufen Sie noch heute an! **Ihre Leserreisen-Hotline: 04 21 - 322 68 80**
Montag bis Freitag von 8.00 bis 20.00 Uhr und Samstag von 8.00 bis 14.00 Uhr

TUI Leisure Travel Special Tours
Wachtstraße 17–24
28195 Bremen
Fax 04 21 - 3 22 68 38



Die neuen HP Officejet Pros liefern professionelle Farbdrucke für bis zu **50% geringere Kosten pro Seite** und **50% weniger Energie verglichen mit Laserdruckern.**

hit **PRINT**
AFFORDABLY

Mehr dazu unter hp.com/de/mybusiness/50prozent

©2009 Hewlett-Packard Development Company, L.P.